

Bezugspreis:
Für den Monat Juli 30 000 M.
woraus subskrib. Unter Abzug
für Deutschland, Danzig, Saar- und
Rheinland 25 000 M., für das übrige
Europa 4 000 M., Postgebühren
frei. Die in d. Postbestimmungen
genannten an Belgien, Dänemark,
England, Island, Finnland, Frank-
reich, Holland, Estland, Lettland,
Litauen, Österreich, Schweden, Schwei-
z, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntag-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Garten und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis:
Die einseitige Kopierbeilage
kostet 7000 M. Restbeilage 25 000 M.
„Kleine Anzeigen“ das letztebeiliegte
Wort 2400 M. (zulässig zwei Zei-
genbeiliegte Worte), jedes weitere Wort
1200 M. Stellungslinien das erste Wort
1200 M., jedes weitere Wort 600 M.
Worte über 15 Buchstaben kosten
für zwei Worte. Familien-Anzeigen
für Abonnenten Zeile 1500 M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4½ Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 19. Juli 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion
der Disconto-Gesellschaft, Postfachkonto Lindenstraße 3

Wie Ehrhardt entkam.

Leipzig, 18. Juli. (Gca.) Ueber die Flucht Ehrhardts ist jetzt festgestellt, daß Ehrhardt durch die nach dem Königsplatz gehende Tür des Amtsgerichtes entflohen ist. Diese Tür, eigentlich der Haupteingang des Amtsgerichtes, ist seit Jahren verschlossen gewesen, da nur der Eingang am Petersteinweg benutzt wird. Es ist festgestellt worden, daß die nach dem Königsplatz gelegene Tür von außen aufgeschlossen worden ist und Ehrhardt den Riegel nur aufzuschließen brauchte, um die Tür zu öffnen und zu dem Auto zu gelangen.

Von Beamten der Leipziger Gefangenenaufsicht sind vier verhaftet worden: Der Oberaufseher Schmädtler, der Bademeister, der Gefängnisgeistliche Gottschardt, der eine Verbindungsstube aufgeschlossen haben soll, sowie der Obersekretär Mamsch, der die Verpflegung der Untersuchungsgefangenen regelt.

Die Veröffentlichungen mit dem Stiefbrief gegen Ehrhardt, die der Oberreichsanwalt an den Platskolumnen anbringen ließ, sind an vielen Stellen beschädigt. Verschiedentlich ist das Bild des Flüchtigen unkenntlich gemacht worden. Die Leipziger Polizeibehörde erklärt jetzt eine Bekanntmachung, daß das Abreißen dieses Stiefbriefes eine Begünstigung der Flucht darstelle, die strafrechtlich verfolgt wird.

Die im Ehrhardt-Prozess mitangeklagte Prinzessin Margarete von Hohenzollern-Hechingen (die Tochter des Prinzen Max Anton und der Prinzessin Helene geb. Gräfin Hafffeld) befindet sich ebenfalls in der Leipziger Gefangenenaufsicht 2 in Untersuchungsstube. Auf Anordnung der Gefängnisdirektion darf die Untersuchungsgefangene nicht ihre eigene Kleidung tragen und sich auch nicht selbst bedürftigen. Sie hat Anstattskleidung anlegen müssen, offenbar, um einer Fluchtmöglichkeit vorzubeugen.

Der am 23. Juli beginnende Prozeß vor dem Staatsgerichtshof wird voraussichtlich nur gegen die Prinzessin geführt werden können, da jetzt auch der Aufenthaltsort des mitangeklagten Leutnants Liebig, der in München studierte, unbekannt ist.

Ein Helfer Ehrhardts verhaftet.

Mitglied der D.C. in Berlin.

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen der sächsischen Behörden über die Helfershelfer Ehrhardts bei dessen Flucht aus Leipzig ist am Mittwoch auch eine Verhaftung in Berlin erfolgt. Der von der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums festgenommene steht in dem dringenden Verdacht, ebenfalls zu den Helfern Ehrhardts zu gehören. Es handelt sich auch bei ihm um ein Mitglied der D.C., das der Berliner Polizei wegen seiner Tätigkeit schon seit längerer Zeit bekannt ist und im Herbst v. J. vorübergehend unter dem Verdacht des Vergehens gegen die Schußgesetze verhaftet worden war. Die Personalien des Verhafteten können im Interesse der weiteren Untersuchung noch nicht mitgeteilt werden.

Es gibt keine Putschgefahr!

Sagt die Reichsregierung.

Durch WTB. wird folgendes bekanntgegeben:

In der letzten Zeit sind in der Presse verschiedene Artikel erschienen, die mit einer gewissen Kollaboration Möglichkeiten eines Bürgerkrieges erörtern. Nach Auffassung der Reichsregierung haben solche Presseäußerungen in den Tatsachen keine Grundlage. Denn die überwältigende Mehrheit unseres Volkes lehnt es offenkundig ab, sich von irgendeiner Seite in die verbrecherische Torheit blutiger innenpolitischer Kämpfe hineinziehen zu lassen; sie weiß, daß die Schwierigkeiten, mit denen unser Volk unter äußerem Druck zu kämpfen hat, es jetzt weniger als je gestattet, Kräfte in inneren Auseinandersetzungen zu verzerren. Die breitesten Kreise der Öffentlichkeit ohne Unterschied der politischen Parteistellung sind sich darüber klar, daß, wer die jegliche Rot des Vaterlandes benutzen wollte, um eigensüchtige Parteizwecke durchzusetzen oder die gesellschaftliche Ordnung durch Mittel der Gewalt zu zerschlagen, allein die Zwecke fremder Mächte fördern und ein Verräter am deutschen Volke sein würde. Sollte es dennoch von irgendwelcher Seite gegen den offenkundigen Willen der Volksmehrheit zu einem Versuch gewalttätiger Auseinandersetzung kommen, so würde die Reichsregierung alle Machtmittel rücksichtslos einsetzen, um einen solchen Anschlag gegen Bestand und Verfassung des Reiches niederzuwerfen; die notwendigen Machtmittel hierzu stehen der Reichsregierung zur Verfügung. In der Beurteilung dieser Dinge besteht zwischen ihr und der preussischen Regierung volles Einverständnis, wie gegenüber einem durch die Presse gebenden Schreiben des Reichstagsabgeordneten Wille an den Reichskanzler hervorgehoben werden mag. Insbesondere wird von der Reichsregierung auf das nachdrücklichste zurückgewiesen, wenn in diesem Schreiben gegen einen preussischen Minister der Anwurf gerichtet wird, mit seinem Wissen werde der Bürgerkrieg organisiert. Daß die Reichsregierung auch bemüht ist, mit den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ein Einverständnis zu pflegen, ist bekannt. Sie

wird es auch in dieser Beziehung nicht an pflichtmäßiger ernster Aufmerksamkeit fehlen lassen.

Mit dem Urteil dieser amtlich inspirierten Auslegung über die Bedeutung eines Bürgerkriegs, zumal in der gegenwärtigen Zeit, darf man sich einverstanden erklären. Die Kundgebung würde aber viel beruhigender wirken, wenn in ihr gesagt wäre, was die Reichsregierung gegen die offensichtliche Organisation des Bürgerkriegs und den „völkischen“ Faschismus vorbeugend zu tun gedenkt. Nur die Lässigkeit der Regierung in dieser Beziehung hat es notwendig gemacht, die Möglichkeit eines durch eine faschistische Erhebung hervorgerufenen Bürgerkriegs „mit einer gewissen Notwendigkeit“ zu erörtern.

Reallohn und Teuerung.

Die Besprechungen, die im Reichsfinanzministerium über die Frage, wie die Erhaltung des Lohnwertes unter Vermeidung einer automatischen Regelung erzielt werden kann, mit einem von den Spitzengewerkschaften gebildeten Ausschuss stattgefunden haben, sind gestern abend abgeschlossen worden. Die festgesetzten Beschlüsse haben folgenden Wortlaut:

1. Der Ausschuss soll die Höhe der Arbeiterwöchentlich zur Erhaltung ihres Wertes dem veränderten Geldwert anpassen. Bei geringer Veränderung des Geldwertes seit der letzten Regelung kann von einer sofortigen Anpassung abgesehen werden.

2. Ueber die Höhe des Reallohnes zu verhandeln, ist nicht Aufgabe des Ausschusses, sondern der Vertragsparteien selbst. Für Zeiträume, für die eine Anpassung bereits erfolgt ist, findet keine rückwirkende Änderung des Reallohnes statt.

3. Die Anpassung erstreckt sich gleichmäßig auf den Leistungslohn wie auf den Soziallohn.

4. Dieses Abkommen kann unter Wahrung einer Frist von 14 Tagen zum 15. oder letzten jeden Monats gekündigt werden. Wird der Reallohn neu vereinbart, so kann jede Seite das Abkommen fristlos kündigen.

Nach einer Erklärung der Regierung ist beabsichtigt, die Bezüge der Beamten und Angestellten halbmonatlich nach entsprechenden Grundsätzen zu regeln.

Verwahrung gegen die Verkehrssperre.

Die deutsche Regierung hat gegen die jeder Rechtsgrundlage entbehrende Verlängerung der Verkehrssperre zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet in Paris und Brüssel Verwahrung eingelegt. Die deutschen Vertretungen in London, Rom und Washington und beim Vatikan sind beauftragt worden, entsprechende Vorstellungen zu erheben.

Die drei Punkte des englischen Entwurfs.

London, 18. Juli. (CP.) In gut unterrichteten Kreisen erklärt man, daß der englische Entwurf auf die deutsche Note so wie der Begleitbrief sich in der Hauptsache mit drei Fragen beschäftigen werden: nämlich mit der Frage des passiven Widerstandes, mit der Festsetzung der deutschen Reparationssumme und mit der Bestimmung der Garantien. Hinsichtlich des passiven Widerstandes hält man es für möglich, daß die englische Regierung in Berlin sich im Sinne der Einstellung des passiven Widerstandes vorstellig würde, aber nur unter der Bedingung, daß Frankreich sich sofort bereit erklärt, den Besetzungsmodus erheblich zu erleichtern und eventuelle Räumung in Aussicht zu stellen. Sollte Frankreich keine dahingehenden Konzessionen machen wollen, so wäre, erklärt man, keine Rede von einer englischen Vorstellung in Berlin sein, weil sich Baldwin sonst den Anschein geben würde, sich dem Standpunkte Poincarés in der Reparationsfrage angepaßt zu haben. Dagegen hält man für wahrscheinlich, daß die englische Regierung nicht mehr auf eine internationale Zusammenberufung der Sachverständigenkommission bestehen werde. Voraussichtlich werde sie vorschlagen, daß die Sachverständigenkommission eine Emanation der Reparationskommission und somit nur eine Delegierten-Zusammensetzung sein soll, wodurch dem Einwand begegnet würde, daß die Reparationskommission beiseite geschoben und der Versailler Vertrag verletzt werde.

Mit Bezug auf die Garantien werde die englische Regierung wahrscheinlich auf den Garantien bestehen, daß lokale Pfänder unproduktiv seien, weil dadurch die Bevölkerung in ihrem Handel und Gewerbe gehemmt werde. Die Garantien müßten sich im Gegenteil auf eine festgesetzte Kontrolle über das ganze Reich erstrecken. Am meisten Zuversicht setzt man in die Kontrolle der Zolleinnahmen. Schließlich scheint die englische Regierung geneigt, auch die von Belgien vorgeschlagenen Monopole ernsthaft zu prüfen.

London, 18. Juli. (WTB.) Wie Reuters erfährt, ist der Entwurf der Antwort an Deutschland noch nicht fertig. Wahrscheinlich wird er morgen vom Kabinett besprochen werden.

Sollen wir in den Völkerbund?

Von Hermann Müller-Franken.

Soll Deutschland vor der diesjährigen Herbsttagung einen Antrag auf Aufnahme in die durch den Versailler Vertrag begründete „Gesellschaft der Nationen“ stellen? Hierüber wird zurzeit in England, in Neutralien, in Deutschland lebhaft diskutiert. Das ist kein Wunder. Die sechs Monate seit dem Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet haben gezeigt, wie sehr vier Jahre nach Kriegsende das Völkerrecht sich noch immer im Kriegszustand befindet. Andererseits hat die Anwendung weltkriegsmäßiger Methoden durch Frankreich zu einer Lösung des Ruhrkonflikts bisher nicht geführt. Als Folge des Einbruchs droht immer mehr die finanz- und wirtschaftspolitische Zerrüttung Deutschlands zu einer Katastrophe zu führen, an der außer den französischen Militaristen und Annerktionisten in der Welt niemand ein Interesse hat. In der größten Not suchen auch in den Ländern der Entente weltwirtschaftlich denkende Politiker nach einem Rettungsring und fragen, ob der Völkerbund ihn liefern kann. Sie gehen dabei von der Auffassung aus, daß die deutsche Republik zur Lösung der Reparationsfrage und der Frage der politischen militärischen Sicherheiten besser eingespannt werden kann, wenn sie im Völkerbund vertreten ist. Der englische erste Minister Baldwin hat den Lord Robert Cecil in sein Kabinett aufgenommen zu dem besonderen Zweck, innerhalb und außerhalb Englands für den Völkerbund Propaganda zu machen. Wie soll sich das deutsche Volk zu diesem Drängen verhalten?

Ich habe bereits in meiner Reichstagsrede vom 16. April dieses Jahres — bei aller Kritik am Völkerbund in seiner jetzigen Verfassung — erklärt, daß die Anhänger des Völkerbundes in den neutralen Ländern der Zahl nach wachsen, und daß der Völkerbund als Keimzelle einer künftigen besseren Völkerorganisation zu bewerten sei. Ueber die grundsätzliche Haltung zur Idee des Völkerbundes war in der Sozialdemokratie niemals Unklarheit. Bereits auf der ersten internationalen Sozialistenkonferenz nach dem Kriege, die vom 3. bis 10. Februar 1919 in Bern stattfand, haben wir uns in Uebereinstimmung mit den französischen und belgischen Sozialisten für eine Gesellschaft der Nationen ausgesprochen, die ein wahrer Völkerbund werden sollte und in dessen Rat die einzelnen Länder durch ihre Parlamente vertreten sein sollten. Das war, bevor die Wilsonsche Idee des Völkerbundes zu Paris in der geheimdiplomatischen Dunkelkammer von den vier sogenannten starken Männern verknüpft wurde.

Praktisch haben wir es daher zurzeit bei Erörterungen der Frage des Eintritts Deutschlands nicht mit unserem Ideal, sondern mit der realen Tatsache des bestehenden Völkerbundes zu tun. Ueber eins ist freilich keine Täuschung erlaubt. Die besten von unserer Seite vertretenen Ideen zur Umgestaltung des Völkerbundes werden praktisch keine Bedeutung haben, solange wir sie nur draußen propagieren.

Wie die deutsche Regierung und wie die in ihr vertretenen bürgerlichen Parteien zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund stehen, weiß die Welt nicht. Die deutsche Regierung geht seit Monaten jeder außenpolitischen Aussprache im Reichstage aus dem Wege. Der Auswärtige Ausschuss beschäftigt sich nur mit handelspolitischen Abkommen. Die bürgerlichen Parteien des Reichstags einschließlich der Deutschnationalen decken dieses Verfahren. Das Ausland gewinnt so auch in der Frage der Stellungnahme zum Völkerbund den Eindruck, daß Deutschlands Regierung absolut passiv ist, weil sie die deutschen nationalen Katastrophopolitiker unter keinen Umständen vor den Kopf stoßen will.

Da die berusene Volksvertretung veragt, ist es doppelte Pflicht, in der übrigen Öffentlichkeit klar Stellung zu nehmen. Dabei sollen auch die Gründe gebührend erwogen werden, die bisher der Propaganda für den Völkerbund in Deutschland hinderlich waren. Der Völkerbund hat sich gewiß bisher als Hort des Völkerrechts nicht sonderlich bewährt. Remel, Danzig, das Saargebiet und Oberschlesien wissen davon ein garstiges Lied zu singen. Besonders die Entscheidung über Oberschlesien brennt in Deutschland wie eine offene Wunde. Dem Völkerbund fehlte der Mut des Bekenntnisses zum Recht, wenn die Interessen der Mächtigen und ihrer Vasallen berührt wurden. Aber die Gerechtigkeit gebietet anzuerkennen, daß die letzten Verhandlungen im Völkerbundrat über die Saarfrage Zeichen der Besserung aufwiesen. Sollen wir zusehen, bis der Heilungsprozeß weiter fortschreitet, oder sollen wir ihn selbst fördern, indem wir uns zum Völkerbund bekennen und in ihm zu wirken versuchen? Mir scheint der Zeitpunkt gekommen, in dem wir wiederholen müssen, was Graf Brodorff-Rankow am 19. Februar 1919 in der Nationalversammlung aussprach: „Deutschland ist entschlossen, an der Umgestaltung des Völkerbundes rücksichtslos mitzuarbeiten.“

Rückhaltlos! Denn es kommt auf den Geist dieser Mitarbeit an. Das neue Deutschland hat auch alle Ursache, bei jeder passenden Gelegenheit solchen Geist zu offenbaren, damit die Welt weiß, daß in Deutschland nicht jene reaktio-

nären Kräfte maßgebend sind, die zurzeit den Schlagelrummel inszenieren und auf die Gräber Erzbergers, Rathenau und Eisners ihren Geifer speien. Deutschland kann heute nicht mehr nach den Methoden des schmachlich verträchteten wilhelminischen Systems — man denke an die Haager Konferenzen — Politik treiben.

Der jetzige Zeitpunkt ist zum Eintritt in den Völkerbund aber vor allem deswegen geeignet, weil Deutschland durch seinen gewaltlosen Widerstand gegen den stärksten Militarismus der Welt sich in der Welt Sympathien erworben hat. Das so erworbene moralische Plus Deutschlands würde noch vergrößert werden, wenn die Regierung unabweisend von allen jenen verbrecherischen Dynamittheorien abrückte, die die Moral der Bevölkerung des alt- und neubefesteten Gebietes immer mehr zermürben.

Wird Deutschland bei einem Aufnahmegeheuch Schwierigkeiten finden? Sicherlich würde das offizielle Frankreich, solange der zum Staatsmann verdorbene Jurist Poincaré dort maßgebend ist, Schwierigkeiten zu machen versuchen. Durch Vorführung müßte deshalb festgestellt werden, ob Frankreichs Position tatsächlich so stark ist, daß es Deutschlands Aufnahme durch Stellung von unwürdigen Zumutungen sabotieren kann. Dieser Fall darf nicht eintreten, weil sonst die Propaganda der Idee des Völkerbundes und außerdem die demokratische Republik selbst aufs schwerste geschädigt würden. Sicher ist, daß Frankreich nicht der Völkerbund ist. Bereits in der Septembertagung des Völkerbundes von 1922 sagte der Schweizer Botta: „Ich hätte gehofft, daß dieses große besiegte Land in diesem Jahr zu uns kommen würde, und ich bin sicher, daß es eine einstimmige Aufnahme bei uns gefunden hätte.“ Das mag etwas optimistisch gemessen sein. Solche Auffassung ignorieren heißt aber nichts anderes, als der französischen Politik in die Hände arbeiten.

Ebenso wenig wie Deutschlands Aufnahme von Bedingungen abhängig gemacht werden darf, soll es selbst Bedingungen stellen. Jedes Verhandeln über formulierte Bedingungen hieße im übrigen bei der Schwerfälligkeit des diplomatischen Apparates die Aufnahme mindestens in das nächste Jahr hinauszuzögern. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß, wie die Resolution des Augsburger sozialdemokratischen Parteitagess sagt, Deutschland eine der Bedeutung der deutschen Wirtschaft und Kultur angemessene Stellung im Völkerbund gesichert sein muß. Anhänger des Völkerbundes sind auch im Ausland hierüber nicht im Zweifel. Ohne daß Deutschland die Zuweisung eines Sitzes im Völkerbundsrat zur Bedingung macht, müßte ihm ein solcher zugewilligt werden. Die Möglichkeit, Deutschland zunächst durch Wahl in den Rat aufzunehmen, ist gegeben, solange das Statut ihm dieses Recht nicht ohne weiteres einräumt. Die Anhänger des Völkerbundes im Ausland haben alles Interesse, festzustellen, daß der Völkerbund nicht mehr nur ein Werkzeug der Siegerstaaten ist. Das wird am besten durch die Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied erwiesen. Umgekehrt scheint mir das Bedenken hinsichtlich, daß Deutschland im Völkerbundsrat durch Verhinderung einstimmiger Beschlüsse das Werk des Völkerbundes sabotieren könne. Das deutsche Volk hat seiner ganzen wirtschaftlichen und politischen Lage nach alles Interesse daran, mit den anderen Völkern am Aufbau Europas zu arbeiten. Mit Recht beklagt sich die deutsche Regierung darüber, daß sie bei der Erledigung großer, das europäische Interesse beherrschender Fragen vom Verhandlungstisch ausgeschlossen sei. Sobald Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist, ist es in allen Fragen, die dem Völkerbund überwiesen werden, Verhandlungspartner.

Dazu kommt noch eins. Die englisch-französische Spannung hemmt die Lösung der Reparationsfrage und hindert die Liquidierung des Ruhrkonflikts. Es ist anzunehmen, daß zum mindesten Teilfragen dieser Probleme dem Völkerbund zur Lösung überwiesen werden. Wer glaubt, daß solche Lösungen für Deutschland leichter zu tragen sein werden, wenn die deutsche Regierung nur durch Noten, Interviews und

Protestaktionen mitarbeitet? Für selbstverständlich halte ich es dabei, daß der durch den Versailler Vertrag eingeschlossene Völkerbund bei der eventuellen Uebertragung von Entscheidungen in keinem Fall zuungunsten des militärisch geschlagenen, entwaffneten Deutschland über den Versailler Vertrag hinaus Entscheidungen treffen könnte. So gibt z. B. zur Einführung einer Völkerbundgendarmerie und zur Lösung der rheinischen Eisenbahnen aus dem deutschen Eisenbahnnetz der Versailler Vertrag keinerlei Recht. Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen muß gerade vom Völkerbund in jeder Weise geschützt werden.

Im Innern werden gewiß alle Gewaltpolitiker schreien, wenn Deutschland um Aufnahme in den Völkerbund nachsuchen würde. Aber das nützt uns nach außen, wenn der Eintritt trotzdem erfolgt. Die Kreise, die sonst besonders laut die Notwendigkeit der Revision des Versailler Vertrages predigen, müssen allmählich begreifen, daß wir zu einer Revision des Vertrages überhaupt nur im Völkerbund kommen werden. Wenn aber jemals eine deutsche Regierung mit Gewalt die Revision des Vertrages durchzusetzen versuchte, so würde sie die ganze Welt genau so gegen sich haben wie das wilhelminische Deutschland von 1914 bis 1918. Rückhaltlose Mitarbeit Deutschlands im Völkerbund würde endlich zu einer Entspannung der gesamten europäischen Atmosphäre führen müssen und damit auch allmählich die Gewaltpolitiker in Deutschland trockenlegen.

Deshalb sollte aus Gründen der inneren und äußeren Politik Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund nach einer schnellstmöglichen Durchführung vor der Herbsttagung rechtzeitig beantragt werden. Es scheint ausnahmsweise diesmal für die deutsche Politik noch nicht zu spät zu sein. Gewiß ist mit der Aufnahme Deutschlands der Völkerbund noch nicht westumspannend. Von großen Mächten würden die Vereinigten Staaten von Amerika und auch Rußland noch fehlen. Würde Deutschland im Völkerbund gleichberechtigt behandelt werden, so würde das die Agitation der Anhänger des Völkerbundes in den Vereinigten Staaten stark fördern und Amerika eintrittsreif machen. Und selbst die Russen werden eines Tages einsehen müssen, daß sie ihre Isolierung nicht gerade vorwärts bringt.

Die unvollkommene Denkschrift.

Zu dem gestrigen Vortragsaufsatz des Genossen Scheidemann wird uns von der Reichszentrale für Heimatdienst mitgeteilt:

„In der als unvollkommen kritisierten Denkschrift über die Reparationsfrage handelt es sich um eine Zusammenfassung von Material, das vorwiegend als Unterlage für die Behandlung der Reparationsfrage und ihren Einfluß auf den Währungsversfall bestimmt ist. Deshalb war wohl die kalendarische Feststellung notwendig, daß das deutsche Währungsstandsangebot sich auf die Versprechungen Wilsons, zuletzt noch in seiner Rede in New York vom 27. September 1918, stütze, aber es entfiel die sachliche Notwendigkeit der kalendarischen Behandlung einer innerpolitischen Frage, die mit dem Reparationsproblem unter außenpolitischen Gesichtspunkten nur lose zusammenhängt. Ihre Einbeziehung würde den Rahmen einer derartigen auch schon aus räumlichen Gründen auf enge Zusammenfassung abgestellten Arbeit gesprengt und daher deren Zweck widersprochen haben.“

Das ändert natürlich nicht das geringste an der Tatsache, daß die ergänzenden Feststellungen des Genossen Scheidemann höchst zweckmäßig und zeitgemäß sind. Die Zentrale für Heimatdienst würde sich ein großes Verdienst um die Aufklärung des deutschen Volkes erwerben, wenn sie dabei behilflich sein wollte, auch diesen Feststellungen möglichst weite Verbreitung zu verschaffen.

Genosse Müller-Brandenburg wurde im Einvernehmen mit der Reichsregierung unter Beilegung der Dienstbezeichnung Polizeioberst zum Leiter der Thüringischen Landespolizei ernannt.

Juden und Jesuiten im Bunde.

Gegen völkische Unschuldengel.

Die Tatsache, daß die Stadt Münster unserer von völkischen Sprengbänden zerstörten Parteidrucker einen Vorstoß auf die zu beanpruchende Entschädigung ausgeht, hat, wie von der „Westf. Landeszeitung“ dahin ausgedeutet, daß die kirchliche Stabverwaltung dadurch Eigentümerin des sozialdemokratischen Blattes geworden und für dessen Politik verantwortlich sei. Die „Reckenburger Warte“ schließt sich dieser scharfsinnigen Schlussfolgerung an und bemerkt dazu: „Die schwarze und die rote Internationale sind einzig und verbündet zum Untergang Deutschlands.“ Nun nimmt auch die „Germania“ zu dieser Angelegenheit das Wort, um zu bemerken:

Nachdem nunmehr mit der Reckenburger Tramplampe in das münsterische Dunkel hineingeleuchtet worden ist, liegen die Dinge ziemlich klar: Die Juden haben — mit Einverständnis der Jesuiten — die Druckerei in die Luft gesprengt und die Stadt Münster beherrschenden Jesuiten bewilligen — mit Einverständnis der Juden — einen Kredit zur Wiedererrichtung der Druckerei. Wir müssen zugeben, daß das münsterische Geld — trotz Tumultschändengeh und ähnlicher jesuitischer Bestimmungen, die die Allgemeinheit zur Schadenersatzleistung völkischer Überreien verpflichten — schlecht verwendet worden ist. Man hätte es für den Bau einer Kaltwasserheilstaht in Reckenburger bestimmen und durch liberal zu erzielende Freigabe dafür sorgen sollen, daß die betrogenen Opfer der Jüdische sich an weniger gefährlichen Orten austoben können als in den Spalten völkischer Organe.

Mit diesem Vorschlag sind wir einverstanden. Wir bitten nur, einige Plätze auch für kommunistische Redakteure freizuhalten, die gleichfalls mit dieser Geschichte haushieren gehen.

Das Ende einer Lüge.

Neues Verfahren gegen die „Rote Fahne“.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Die „Rote Fahne“ hat in den letzten Tagen wiederholt behauptet, die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums wisse, daß der in Münster ansässige Hauptmann Pfeffer das Gebäude der sozialdemokratischen Zeitung „Volkswille“ in die Luft gesprengt habe. Beamte der Abteilung Ia hätten Hauptmann Pfeffer verhaften wollen, seien aber vor Pfeffer schleunigst „ausgekniffen“, da Pfeffer mit seinem Selbstschuß gedroht habe. An diesen Behauptungen ist selbstverständlich kein wahres Wort. Der Polizeipräsident von Berlin hat gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“ Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Bemerkenswert ist übrigens, daß die „Rote Fahne“ neuerdings wieder zu ihrer früheren Praxis zurückkehrt, als verantwortlichen Redakteur einen Abgeordneten zu lassen, dessen Immunität die Strafverfolgung erschwert.

Eine französische Tendenzmeldung.

Französische und französischfreundliche englische Blätter sowie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichten die Nachricht, daß die Essener Polizei fünf Deutsche an die Franzosen ausgeliefert habe, die sie beim Durchschneiden französischer Fernspreitleitungen abgefaßt hatte. Die Meldung stimmt in dieser Form nicht. Wie wir an zuständigen Stellen erfahren, hat die Essener Polizei allerdings fünf Deutsche in Untersuchungshaft genommen. Die Franzosen drangen mit Gewalt in das Gefängnisgebäude ein, zertrümmerten die Schlösser und nahmen die Untersuchungsgefangenen mit. Eine Note über diesen Vorfall ist in Paris überreicht worden.

Geschäftsministerium in Oldenburg.

Oldenburg, 18. Juli. (Tl.) Nachdem die Versuche zu einer Regierungsbildung in Oldenburg gestern mißglückt waren, kam es heute vormittag bei der Abstimmung zur Wiederwahl des Beamtenministeriums von Fingh mit den Ministern Weber und Seim. Es wurden 18 Beschlüsse abgegeben.

Der Hofzauberkünstler.

Von Erna Böling.

Früher, als der Zauberkünstler noch jung war, nahm er sein Leben den Kampf um die Gottähnlichkeit auf, jetzt, wo er alt ist, kämpft er nur noch den Kampf um das trodene Brot. Er verlor die Zähne, ohne die Möglichkeit zu haben, sie künstlich zu ersetzen, so kam etwas Nüdes über seinen Körper und etwas Abgenütziges über seine Kleidung. Einst verdrehten die Mädchen der besseren Stände nach ihm die Augen, und zwischen Eheleuten gab's Eifersuchtszänen, heute dreht sich höchstens eine Nachtvirole mit Stöckelschuhen nach ihm um, — weil man nie wissen kann, ob solch' alter Daddy nicht Geld hat und womöglich bei ihm die Liebe nach als Hauptwort gilt. Schwer trägt der Zauberkünstler an seinem Los und viel Bitterkeit ballt sich in ihm zusammen gegen die neue Zeit.

Ist das Glück ihm hold, dann tritt er wohl mal in einem Borstadtino auf, das Bühnenschau hat. Wenn sein Name durch die Scheinwerfer auf dem Samtbühnen erscheint, hat der Zauberkünstler das Bewußtsein einer guten Tat. Es ist doch auch wirklich zu nett von ihm, daß er jetzt vor diesen „Leuten“ spielt. Er ist davon überzeugt, etwas für die Volksbildung zu tun.

Er versetzt sich auf feierlichen Klöppeln. Zwei dicke Wachsferzen in schweren silbernen Leuchtern stehen auf einem mit roter Plüschdecke behängenen Tisch. Der Schein des Kerzenlichts fällt auf das große goldene Monogramm, das propig in die Samtdecke gestickt ist. (Das ist so die Aufmachung halb nach wilhelminischer Lieberhebllichkeit, halb nach Kirchenglauben. In ähnlichen Fällen will man für's erste Propaganda machen und den letzteren mißbrauchen.) Ein paar Sekunden läßt er auf sich warten, damit er die Spannung steigert.

Dann tritt er an die Kampe, vorbeugt sich und erzählt radebrechend (alle Sterne in der Artistenwelt sind Ausländer), daß er nicht zaubern könne. Wenn er das könnte, wären alle Zuschauer flugs in der glorreichen Vergangenheit. Aber auf die Geschicklichkeit seiner Hände sei unbedingt Verlaß. Die habe schon Seine Majestät Kaiser Wilhelm I. besaunt. Er sei darum auch Hofzauberkünstler geworden. Jetzt in der Republik habe er auch noch mit dem Hofe zu tun, denn er wohnte nun selbst auf einem Hofe, in einem kleinen Hinterhaus.

Dann beginnt er mit seinen Künsten. Die Kapelle spielt ein Gemisch von Aoe Maria und Schimmy und der Kapellmeister arbeitet mit Diebgeresten wie ein Reutbner aus Chicago. Der Zauberkünstler ist gütig und läßt oft etwas fallen, was ungesehen verschwinden soll. Er ist eben alt und verträcht. Doch stellt er das nicht entschuldigend in den Vordergrund, sondern ein paar deutlich überheblliche Sätzen sagen: Für euch ist's gut genug!

Das Publikum klatscht Beifall. Ein kleiner Teil aus Güte und dem Bedürfnis nach eigener Beruhigung. Man weiß ja nie,

wie's einem selbst mal gehen kann. Und das ehrliche Mitleid für andere und das Borschußmitleid für sich selbst sind oft ganz lobenswert. Aber der größte Teil applaudiert zum Dank für die gütige Herablassung des Herrn Hofkünstlers und bewirft damit, daß gewisse Leute auch ohne Hezerei noch immer in der glorreichen Vergangenheit steden.

Aus dem Bühnencorin ausgeschlossen ist der Theaterdirektor Viktor Barnowitsch. Sein Vergehen bestand darin, daß er beim letzten Berliner Schauspielertreff sich gleich am ersten Tage bereit erklärt hatte, mit seinen Schauspielern zu verhandeln, und daß er vor Beilegung des Streits aus dem Verband der Berliner Bühnenleiter ausgetreten war. „Ich kann nur mit Schauspielern arbeiten, denen es gut geht“ — hatte er damals gesagt. Solche legerischen Ansichten werden im Kreise der Berliner Theatergewaltigen nicht gebudet, und daher wurde sein Ausschuß beantragt und beschloßen. Herr Barnowitsch wird sein Schicksal zu ertragen wissen, denn seit das strenge Kartell zwischen der Direktoren- und der Schauspielerorganisation nicht mehr besteht, hat ein Ausschluß aus der ersteren keinerlei politische Konsequenzen mehr.

Hermann Bahr begibt heute seinen 60. Geburtstag. Der Reichzahl unserer Bahr wird er als Verfasser unerschütterlicher und geistreicher Lustspiele bekannt sein, einige ältere Genossen erinnern sich vielleicht auch der politischen Streitschrift, mit der er im Jahre 1888 an die Öffentlichkeit trat. Demals machte eine Prokläre Schaffles „Die Ausfallslosigkeit der Sozialdemokratie“ viel von sich reden, und der dreizehnjährige Hermann Bahr schrieb darauf eine schneidige Entgegnung, die den schönen Titel führte: „Die Einfallslosigkeit des Herrn Schaffles.“ In dessen hies ist ihn nicht lange im Vaget des Sozialismus, er „überwand“ ihn bald, nannte sich erst „Europäer“, dann „Japaner“ und landete schließlich in der düsteren Sphäre eines katholischen Mystizismus. Das „Ueberwinden“ ist überhaupt Bahrs stärkste Seite: als Kunsttheoretiker belehrte er sich früh vom Naturalismus zum Symbolismus, vom Symbolismus zum Neufassizismus, und aus der Eggeffionismus auskam, war er einer der Ersten, der das Wesen der geheimnisvollen neuen Kunst in einem kleinen Buche volkstümlich darzustellen versuchte. Er hatte keine klare Vorstellung von der Sache, aber das Buch war anständig zu lesen und es hat mehrere Auflagen erlebt. Im allgemeinen, kann man sagen, ist Bahrs Name mehr in Literatenkreisen als in großen Publikum bekannt. Manche talentvollen jungen Schriftsteller hat er entdeckt und ihm durch energische Rellame den Weg zum Ruhm gebahnt. Seine eigene Produktion leidet vor allem darunter, daß er als Dichter gelten will, aber doch nur ein besserer Unterhaltungschriftsteller ist.

Dramatische Dekrete und Resolutionen. Die Moskauer „Pravda“ bringt von neuem die bereits wiederholt in der Sowjetpresse ausgeprochene Forderung nach einem wahren „revolutionären Theaterrepertoire“ zur Sprache. Die bisherigen Versuche auf diesem Gebiete hätten nur heuchlerische, „pseudorevolutionäre“ Nachwerke gezeitigt. Es sei höchste Zeit, den kleinbürgerlichen Mitleidstücken mit ihrer überwundenen Moral den

Garous zu machen und zu den „neuen Methoden der Theaterarbeit im Rahmen des Marxismus“ überzugeben. Bei der Schaffung dieser neuen Dramatik müßte das Originalmaterial Verwendung finden, welches das ideologische Leben des Sowjetbürgers bestimmt, und zwar die Sowjetdekrete, die Resolutionen, Verordnungen, die Zeitungen, Zeitschriften und dergleichen.

Das Hauptrepertoire-Komitee hat, wie der „Egpreß“ meldet, sieben eine 500 Theaterstücke umfassende Liste fertiggestellt, die an die Bühnen als Richtschnur bei Zusammenstellung des Spielplanes verandt wird. Die in der Liste enthaltenen Stücke zerfallen in 3 Gruppen: 1. unbedingt erlaubte, 2. für Arbeiter- und Bauernbühnen, d. i. Volkshäuser, Rotarmistenklubs usw. verbotene und 3. überhaupt verbotene.

Daß manche Dekrete der Sowjetregierung einen wirklichen Operettenstoff abgeben können, ist nicht zu bezweifeln. Es fragt sich nur, ob dramatische Talente vorhanden sind, die den zur Bearbeitung nötigen Gaiogenhumor und die ebenso nötige — Courage besitzen.

Wie schnell spricht ein Redner? Daß die Sprechweise der Redner sehr verschieden ist, weiß jedermann, aber nur die allermeisten vermöchten nach Anhören eines Vortrages auch nur schätzungswelie zu sagen, wieviel Silben der Redner in der Minute gesprochen hat.

Als Herr W. S. Niehl einmal einen Vortrag halten wollte, trat ihm ein Stenograph in den Weg und fragte ihn, ob er den Vortrag stenographieren dürfe. Niehl antwortete ihm, er möge stenographieren, soviel er wolle, aber wenn er seine Niederschrift abdrucken lasse, so werde er ihn gerichtlich verfolgen. Der Stenograph versicherte ihm, dies sei nicht seine Absicht; ihn lockte lediglich ein statistisches Problem. Niehl begann nun zu reden, während der Stenograph eine Uhr neben sich legte und fleißig nachschrieb. Bald nach dem Schluß des Vortrags kam der Stenograph wieder zu Niehl, zeigte ihm sein Manuskript, dem eine kleine Berechnung beigelegt war und sagte: „Ihr Vortrag dauerte eine Stunde und acht Minuten; Sie haben 8296 Silben gesprochen. Sie sprechen von großem Gleichmut und verschwindend kleinem Dauen; Sie sprechen 122 Silben in der Minute.“ Er zeigte ihm dann eine Tabelle, auf der er bereits viele Redner in gleicher Weise statistisch erfaßt hatte. Parlamentarier liegen im Feuer des Kampfes bis zu 200, ja 240 Silben in der Minute. Einige Kanzleiredner hatten nur 100 geliefert, ein Nachmittagsprediger von besonders salbungsvollem Vortrag ergab sogar nur 59 Silben. Als Niehl den Stenographen fragte, ob er etwa aus langsamem Zeitmaß auf Gedankenflöße schloße, erhielt er zur Antwort: „Nein, denn man eher spricht mit langsamem Nachdruck, weil er die tiefsten Gedanken, und ein anderer mit noch viel langsamerem, weil er gar keine Gedanken hat.“

Die Schlüsselszahl des Buchhandels ist vom 18. Juli ab auf 18 500 festgelegt worden.

Das Theater Stadttheater wird demnächst endgültig in städtische Regie übernommen werden. Zum Intendanten wurde Direktor Großkopf gewählt.

Die Spende des Papstes für deutsche Studenten. Der Papst hat der Wirtschaftsbille der Deutschen Studenten [etwa] durch Vermittlung des Kölner Erzbischofs 100 000 Lire überwiesen.

Gewaltige Erhöhung der Eisenbahntarife. Personenfahrpreise um 250-300 Proz.

Der ständige Ausschuss des Reichseisenbahnrates hat dem Vorschlag der Eisenbahnverwaltung, am 1. August die Personentarife in der 1. und 2. Klasse um 300 Proz. und in der 3. und 4. Klasse um 250 Proz. die Gütertarife um 150 Proz. zu erhöhen, mit Stimmenmehrheit zugestimmt. Die Ermäßigung des Zuschlags für die Beförderung in gedeckten Güterwägen von 10 auf 5 Proz. wurde verlagert.

... und Einführung wertbeständiger Tarife.

In der gestrigen Sitzung des ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrates stand die weitere Ausgestaltung der Personen- und Gütertarife an die Selbstwertung zur Beratung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Staatssekretär Stiefler, in ehrenden Worten des unerwartet verschiedenen Geheimen Baurates Dr. Ing. Beulenberg, der an den Arbeiten des Reichseisenbahnrates und seines Ausschusses stets in hervorragender Weise teilgenommen hat.

In eingehender Besprechung wurde alsdann die gesamte Wirtschaftslage, die Kohlenlage und insbesondere die finanzielle Lage der Reichsbahn, vorzüglich der Einfluß der Ruhrbesetzung, erörtert. Es bestand Einigkeit darüber, daß für die durch die Geldentwertung begründeten Mehrausgaben Deckung durch Erhöhung der Tarife geschaffen werden müsse, und zwar so reichlich, daß vorbehaltlich einer späteren Erstattung aus allgemeinen Reichsmitteln, wenigstens ein Teil der durch die Ruhrbesetzung für die Reichsbahn entstandenen ungeheuren Mehrausgaben mitgedeckt werden. Der Vorschlag der Verwaltung sieht zum 1. August eine Erhöhung der Personentarife um 300 Proz. in der ersten und zweiten Klasse, und 250 Proz. in der dritten und vierten Klasse und im Güterverkehr eine Erhöhung um 150 Proz. zum gleichen Zeitpunkt vor.

Von der Erhöhung der ersten und zweiten Klasse entfallen 100 Prozent, von den Einnahmen aus der dritten und vierten Klasse 50 Proz. auf den Ausgleich der Ruhrschäden, während der Güterverkehr mit etwa 25 Proz. herangezogen ist. Nach wie vor sollen die wirtschaftlichen Interessen so weit wie möglich durch Spezialtarife der Tarife berücksichtigt und gesichert werden. Unter diesem Gesichtspunkte wurde die Ermäßigung des Zuschlages für die Beförderung in gedeckten Güterwägen von 10 Proz. auf 5 Proz. von der Verwaltung vorgeschlagen.

Eingehend erörtert wurde die Frage der Einführung wertbeständiger Tarife. Voraussichtlich wird zum 1. September zu diesem System übergegangen werden.

Eine berechtigte Anfrage.

Kultusministerium und der Fall Martin Spahn.

Zum Fall Martin Spahn haben die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags, Genossen Haas und Erbes sowie Genossin Rischmann Köhl, an das Kultusministerium folgende kleine Anfrage gerichtet:

„Herr Prof. Dr. Martin Spahn hat nach dem zwischen dem Kölner Universitätskuratorium und dem Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung gepflogenen Schriftwechsel seine Pflichten an der Kölner Universität gräßlichst vernachlässigt. Das Kuratorium sagt in seinem Schreiben vom 18. Februar 1923 unter anderem: „In einer Zeit, die von jedem der im Rheinland angestellten Staatsbeamten vollen Einsatz der Persönlichkeit verlangt, verbringt er (Herr Prof. Spahn) den größten Teil des Jahres fern vom Sitz seiner Universität in Berlin.“ Des vom Universitätskuratorium im gleichen Schreiben verlangte Disziplinarverfahren gegen Herrn Prof. Spahn ist trotzdem bis heute noch nicht durchgeführt. Wir fragen deshalb:

Was gedenkt der Herr Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung gegen die ungläubliche Pflichtverletzung eines an hervorragender Stelle stehenden beamteten Hochschullehrers zu tun? Ist der Herr Minister geneigt, das vom Kölner Universitätskuratorium beantragte Disziplinarverfahren nun schnellstens einzuleiten und durchzuführen?“

In ähnlichem Sinne beschäftigen sich die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ mit dem Fall Martin Spahn.

Militärischer Kummel und kein Ende.

Wir hatten in letzter Zeit wiederholt Gelegenheit, auf den überhandnehmenden militärischen Kummel hinzuweisen, der von zahlenmäßig nicht starken Kreisen ausgeht, aber keinen Mangel an Einfluß und Geist durch äußere Aufmachung zu verbergen sucht. Ueberbildet man das Treiben dieser Herrschaften, dann gewinnt man den Eindruck, daß in Deutschland noch reichlich Zeit und Geld zum feuchtschweißigen Geseletern vorhanden ist. Was leistet sich Deutschland nicht alles an Fahnenweihen, Reiterumzügen, Kriegerobersestern und Festschiffen in diesen ersten Tagen einer Wirtschaftsmisere, die an die Disziplin der Arbeiterschaft und des Mittelstandes die größten Anforderungen stellt! Ist es ein Wunder, daß dieses Treiben der völkischen Militärdiktatur auf die Arbeiterschaft aufreizend und erbitternd wirkt? Man wird den Eindruck nicht los, daß die Festschiffenkreise es auf bewußte Provokation der Arbeiterschaft abgesehen haben, daß es auch eines ihrer Ziele ist, möglichst große Teile der Arbeiterschaft dem Vintarspalkkalkem in die Arme zu treiben und daß ihnen nichts erwünschter ist als jenes Trommelröhren der „Roten Fahne“, das die Begleitmusik zu ihren eigenen Aktionen darstellt.

Ein typisches Beispiel ist das Auftreten der Festschiffen in Templin, die es bereits erreicht haben, die Bevölkerung in zwei feindliche Lager zu spalten. In Bülow (Pommern) scheint man ähnliches zu beabsichtigen. Der Kreislerkriegerverband Bülow beabsichtigt, am kommenden Sonntag das 50jährige Stichtungsfest des Vereins zu feiern, ein Unternehmen, gegen das nicht das geringste einzumenden wäre, wenn es in einem der Not der Zeit angemessenen Rahmen stattfände. Aber auch dieser Tag soll zu einer militärischen Demonstration mißbraucht werden. Man hat sich nicht nur den General Wokaten verschrieben (ähnlich wie sich die Stadt Goslar vor kurzem Hindenburg für eine Kriegerobersestern festsetzen ließ), sondern an der Veranstaltung sollen auch 30 bis 40 auswärtige Kriegervereine teilnehmen. Man kann berechnen, welche Unkosten dieser Aufwand verursacht, und muß sich fragen, wer diese Unkosten deckt, da Kriegervereine im allgemeinen nicht über größere Mittel zu verfügen pflegen. Abgesehen davon, ruft der militärische Aufmarsch unter der Arbeiterschaft einer kleinen Stadt wie Bülow die lebhafteste Unruhe hervor. Mit Recht, wenn man bedenkt, welche ehe Hebrat gerade wieder in letzter Zeit von deutschnationaler und deutschnationaler Seite gekostet worden ist. Man muß sich fragen, ob diese Art von Monsterveranstaltungen in unserer Lage passen und ob der Anlaß schwerwiegend genug ist, um die Stadt Bülow inneren Zwistigkeiten auszuweichen. Unseres Wissens ist der Landrat des Kreises, der die nötigen Vollmachten besitzt, auf die Gefahren aufmerksam gemacht worden, ohne Wirksamkeit zu veranlassen. Es scheint also, daß man in Bülow, ähnlich wie in Templin, die Dinge ohne jede Initiative treiben

läßt. Diesen Tatsachen gegenüber fragt es sich, ob nicht gewisse Verfügungen in Erinnerung gerufen werden sollten, die geeignet sind, den inneren Frieden gegen das aufreizende Gerede unnützer Soldatenpleieler zu schützen.

Haftentlassung für Dehme beantragt.

Eine Berliner Korrespondenz teilt mit: Von Beginn des Verfahrens an hat sowohl Dehme wie sein Verteidiger, der Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Leol, alles getan, um die richterlichen Ermittlungen zu beschleunigen, damit möglichst bald der Termin zur Hauptverhandlung angefeht werden konnte, insbesondere sind alle notwendigen Unterlagen und Schriftstücke sofort zur Verfügung gestellt worden. Am 18. Juni war die Anklageschrift dem erstinstanzlichen Senat des Reichsgerichts zugewandt, der sie am 19. Juni Dehme und seinem Verteidiger mit einer achtseitigen Frist zur Abgabe von Gegenerklärungen zu stellte. Beide leisteten auf die Abgabe von Erklärungen sofort schriftlichen Verzicht, damit unverzüglich die Anberaumung des Hauptverhandlungstermins durch den Senat erfolgen könne. Aber merkwürdiger Weise hat man in den vier Wochen, die seit diesem Zeitpunkt verstrichen sind, nichts mehr von dem Verfahren gegen Dehme gehört, weder ist der Termin anberaumt, noch liegt eine betreffende Erklärung des Senats vor. Unter diesen Umständen hat jetzt Dr. Paul Leol die Haftentlassung Dehmes beantragt, die gegen den Willen des Instanzsenats eingereicht sei. Dieser Haftentlassungsantrag wird der zuständige Senat des Reichsgerichts vermutlich schon in den nächsten Tagen eine Entscheidung treffen.

Der Abschluß in Lausanne.

Rußland unterzeichnet nicht!

Moskau, 17. Juli. (Ost-Expres.) Die an die Sowjetregierung gerichtete Einladung der Lausanner Konferenzmächte, die Meerengenkonvention zu unterzeichnen, ist in Moskau eingetroffen. Obwohl die Antwort der Sowjetregierung noch nicht erfolgt ist, läßt, wie der Ost-Expres erfährt, die in leitenden Sowjetkreisen herrschende Auffassung keinen Zweifel darüber, daß sie in absehendem Sinne ausfallen wird. Sowjetrußland wird die Unterzeichnung des Meerengenabkommens verweigern und sich für die weiteren Entwicklungslinien der orientalischen Frage volle Handlungsfreiheit vorbehalten.

Befanlich hatten die einladenden Mächte seinerzeit Rußland die Unterzeichnung des Meerengenabkommens als Bedingung seiner Zulassung zur zweiten Phase der Lausanner Konferenz gestellt. Gegen diese Bedingung war von der Sowjetregierung Einspruch erhoben worden mit der Begründung, daß die Lösung der Meerengenfrage im engsten Zusammenhang mit den übrigen Konferenzproblemen stehe, auf deren Mitberatung die Sowjetregierung bedingungslos Anspruch erhebt. Da Rußland infolge dessen der zweiten Phase der Lausanner Konferenz ferngeblieben ist, und sich auf ihr durch den ermordeten Worsokil nur als Beobachter vertreten ließ, kommt die Unterzeichnung der Meerengenkonvention allein für die Sowjetregierung nicht mehr in Frage. In Sowjetkreisen wird betont, daß Rußland sich damit nicht nur England, sondern auch der Türkei gegenüber in der Meerengenfrage freie Hand behalte.

Die Unterzeichnung des Lausanner Friedensvertrages findet am kommenden Dienstag durch die jetzigen Unterhändler unter dem Vorsitz des Schweizer Bundespräsidenten statt. Rumänien und Südslowenien wollen dabei noch besondere Erklärungen abgeben.

Marty und Malvo.

Marty, der Matrosenmutterer der Schwarzmeerflotte, ist nach vierjähriger Haft auf freien Fuß gesetzt worden. Seine Begnadigung am Nationalfeiertag am 14. Juli war bereits im Ministerrat beschlossene Sache, als die Regierung wieder einmal vor dem Einspruch der Royalisten zurückwich und die Freilassung noch verschob. Indessen erkrankte die alte Mutter des Häftlings lebensgefährlich, so daß selbst Vincarté das grausame Spiel nicht fortzusetzen wagte, das dem Nationalen Bloch ohnedies schon ungenügend geschadet hat. Auch Malvo, der ehemalige Innenminister, der wegen „Einverständnis mit dem Feind“ während des Krieges auf Befehl der Royalisten unter Anklage gestellt und vom Senat zu fünf Jahren Verbannung verurteilt worden war, hat die Erlaubnis erhalten, seinen sterbenden Vater in Frankreich aufzusuchen. Seine Strafzeit wäre in sechs Wochen vollendet gewesen, doch hatte er, ein Opfer der persönlichen Rache Clemenceaus und Daudets, sich beharrlich geweigert, ein Gnadengesuch einzureichen, und er lebte auf spanischem Boden in San Sebastian, nahe der französisch-spanischen Grenze. Nach der Verurteilung seines Vaters ist er übrigens sofort nach San Sebastian zurückgekehrt. Ende August kommt er jedoch nach Frankreich wieder und dürfte dann einer der gefährlichsten Gegner des Nationalen Blochs sein, da er sich in seiner Heimat und darüber hinaus in ganz Südfrankreich einer großen Popularität erfreut.

Belgiens Rolle in der Krise.

Das Eigeninteresse ausschlaggebend.

Paris, 18. Juli. (WLB.) Nach dem Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ befindet sich der Pariser belgische Botschafter gegenwärtig in Brüssel, wo er mit Theunis und Jaspas zahlreiche Unterredungen habe. Das Brüsseler Kabinett sei von der Bedeutung der Rolle überzeugt, die ihm bei der gegenwärtigen Lage zugefallen sei. Es könne nicht davon die Rede sein, daß Belgien als Vermittler zwischen Frankreich und England auftrete (?), da es am Prozeß beteiligt sei. Vor allen Dingen müßten die belgischen Interessen verteidigt werden. Theunis und Jaspas kennen nach dieser Richtung hin ihre Pflicht, da die ungenügende Lage Belgiens gegenüber Deutschland eine beträchtliche Kundtschaft von Transitverkehr über die belgischen Eisenbahnen und vom Antwerpener Hafen herbeiführt. Die belgischen Minister könnten aber in dem Augenblick eine nützliche Rolle spielen, da es nötig sein werde, die Standpunkte Englands und Frankreichs zu klären und untereinander auszugleichen.

Venesch bemüht sich ...

Paris, 18. Juli. (WLB.) Der tschechoslowakische Minister des Äußeren Benesch hatte gestern nochmals eine Unterredung mit Poincaré, die nach dem „Petit Journal“ sehr lange gedauert haben soll. Benesch begibt sich heute nach Brüssel. Nach Benesch, schreibt der „Figaro“, dessen Vertreter von Venesch empfangen wurde, lassen sich sämtliche zwischen Frankreich und England schwebenden Fragen in drei Kategorien einteilen:

1. Fragen, über die die beiden Länder einig oder sich zu einigen geneigt sind.
2. Probleme, bei denen die Gegenstände auf der Hand liegen und entweder eine Verschlepptheit des Interesses oder der Aufzählung hinsichtlich der anzuwendenden Mittel besteht.
3. Schwierigkeiten, die aus Rührverhältnissen herrühren. Mehr habe Venesch nicht sagen zu können geglaubt.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 - 1)

Durchschnitt Mai	3816
Juni	7650
4. Juli	16180
11.	21511
16.	28892
Steigerung vom 11.-16. Juli 34,3 v. H.	

Die Erhebung erfolgte in dieser Woche zum erstenmal am Montag (bisher am Mittwoch).

Bereits um Monatsmitte waren also die Lebenshaltungskosten auf das fast Vierfache des Standes vom Durchschnitt Juni gestiegen!

Devisenzurückhaltung.

Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung hat an die Außenhandelsstellen ein Schreiben gerichtet, in dem festgestellt wird, daß die Zurückhaltung von Devisen strafbar ist. Das Schreiben lautet:

„Zweifellos liefert eine große Zahl von Firmen weniger Devisen an die Reichsbank ab, als sie abzuliefern imstande wäre, sei es, daß die festgelegten Ablieferungsprozentätze bei einzelnen Gewerbezweigen oder Betrieben in Einzelfällen zu niedrig angesetzt sind, sei es, daß die ausführenden Devisen nicht nur aus Ausfuhrgeschäften, sondern auch aus Verkäufen an Ausfuhrhändler oder im Einklang oder im Widerspruch mit der Verordnung vom 8. Mai 1923 (Wahnahmen gegen die Valutapflicht) aus Verkäufen an inländische Abnehmer erzielen.“

Jeder nicht zu baldigen Zahlungen ins Ausland erforderliche Devisenbedarf aber kann unter den heutigen Verhältnissen nicht bezantwortet werden.

Die Reichsbankmächte der Außenhandelsstellen werden daher ersucht, die Devisenablieferung prozentätze, wo es irgend tragbar ist, angemessen zu erhöhen und auf Abgabe aller nicht benötigten Devisenbestände, gegebenenfalls gegen Dollarschapanweisungen, in geeigneter und nachdrücklicher Weise hinzuwirken. Der Reichskommissar behält sich vor, in Einzelfällen an die Außenhandelsstellen mit Anregungen über Erhöhung der Prozentätze heranzutreten.“

Darüber hinaus fordert der Reichskommissar, daß die Deviseneingänge der Firma nachgeprüft werden.

In dem Schreiben wird zum ersten Male seit langer Zeit amtlich festgestellt, daß die Industrie mehr Devisen abliefern kann als sie wirklich abliefern. Da die Leiter der Außenhandelsstellen oft selbst Vertreter der Interessentenverbände sind, ist auf ihre Mitwirkung bei der Durchführung der vom Reichskommissar verlangten Maßnahmen nur in beschränktem Maße zu rechnen. Um so mehr wird es Aufgabe der Gewerkschaftsvertreter in den Außenhandelsstellen sein, auf die erhöhte Devisenablieferung hinzuwirken. Schon jetzt versucht man die Arbeiterschaft dadurch für eine Wilderung der Devisenrichtlinien zu gewinnen, daß man mit Betriebsstillegungen droht. Gegen diese gibt es glücklicherweise auch noch gesetzliche Mittel, wozu deren Anwendung die Reichsregierung nicht zurücktreten darf, will sie nicht auch noch ihre nur lächerlich durchgeführte Devisenpolitik preisgeben.

Im Uebrigen werden die an sich begründeten Bestrebungen des Reichskommissars ohne wesentlichen Erfolg bleiben, wenn sie nicht durch die Kreditpolitik der Reichsbank unterstützt werden. Werden Kredite nur auf Goldbasis gegeben und Gold-Lenten eingeführt werden, so würde mancher Devisenhamster lieber seine fremden Zahlungsmittel verlaufen, als daß er sie behält und für seinen Betrieb den dann teuren Reichsbankkreditanspruch nimmt.

Der Tiefstand der Reichsfinanzen.

In der letzten Dekade des Monats Juni waren von den Ausgaben des Reiches nur 2 Proz. durch Einnahmen gedeckt, also von 50 M. Ausgaben nur 1 M. durch Steuereingänge bezahlt, das übrige wurde geborgt. Man hätte annehmen können, daß dieses anomale Verhältnis sich wesentlich bessern würde, wenn mit dem Anfang des neuen Monats die jetzt fälligen Vorauszahlungen auf die verschiedenen Steuern begannen. Das ist nicht der Fall. Vom 1. bis 10. Juli flogen die schwebenden Schulden um 6 Milliarden, also täglich um rund 600 Millionen Mark. Die Einnahmen des Reiches betragen in den 10 Tagen zusammen nur 250 Millionen, deckten also nur etwa 4 Proz. der Einnahmen. Wenn sich auch das Verhältnis derart gebessert hat, daß in dieser Dekade auf 1 M. Steuereinnahme „nur“ 25 M. neue Schulden kamen, so ist doch zu berücksichtigen, daß eben am Anfang Juli viel größere Steuereinnahmen hätten erzielt werden müssen, wenn nicht die Geldentwertung auch die Vorauszahlungen für Steuern bereits überholt hätte.

Der Zusammenbruch der Reichsfinanzen ist unaufhaltsam, wenn nicht bald alle Steuern auf wertbeständige Grundlage gestellt werden, wie man schon jetzt dazu übergegangen ist. Die Ausfuhrabgaben und Gebühren mancher Reichsämter ebenso wie die Verbrauchssteuern automatisch der Geldentwertung anzupassen. Endlich einmal muß der große Steuerbetrag aufhören, der ähnlich wie der Lohnbeitrag das Interesse der Besitzenden an der Geldentwertung steigert.

Besserung der Arbeitslage in der Metallindustrie. Vom 24. bis 30. Juni 1923 waren nach den Erhebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes 1651965 = 84,2 v. H. (in der Vorwoche 84,1 v. H.) Vollarbeiter, 222661 = 11,4 v. H. (11,8 v. H.) Kurzarbeiter und 86364 = 4,4 v. H. (4,3 v. H.) Arbeitslose.

Die Dauer der Kurzarbeit verteilt sich auf die davon betroffenen Arbeiter wie folgt:

bis 8 Stunden 20,8 v. H. (22,5 v. H.)	17-24 Stunden 24,5 v. H. (26,4 v. H.)
9-16 „ 26,5 „ (25,3 „)	25 u. mehr „ 29,7 „ (28,8 „)

Die Zahl der Arbeitslosen ist am höchsten in den beiden Bezirken Köln (13,1 v. H.) und Frankfurt (8,1 v. H.), die den Durchschnitt von 4,4 v. H. weit übersteigen. Die Arbeitslage hat sich nach den vorliegenden Berichten weiterhin leicht gebessert. Nur in den besetzten und den angrenzenden Gebieten hat die Zahl der Vollarbeiter noch eine Verringerung erfahren. Die Abnahme der Vollarbeiter betrug im Bezirk Essen 1,4 v. H., Frankfurt 3,7 v. H. und Köln 4,4 v. H. Fast alle Industrien verzeichnen einen besseren Geschäftsgang. Besonders tritt die Besserung des Arbeitsmarktes in der Schwungradindustrie und in der Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen hervor. In einzelnen Betrieben wird Heberzeit gemeldet. Bemerkenswert ist, daß in Düsseldorf bereits höherer Mangel vorhanden ist. Die Betriebe, die noch mit Kurzarbeit zu rechnen haben, sind solche des Bauwesens und wäflere Betriebe. Im gegenwärtigen Augenblick sind die dem Dollarkurs teilweise vorausseilenden Inlandpreise (siehe Eisenpreise) ein Hindernis für eine stärkere Besserung der Arbeitslage.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Parteimache.

Die Metallarbeiter unter kommunistischer Diktatur.

Wir haben von Anfang darauf hingewiesen, daß es sich bei der Kritik des Kampfes der Berliner Metallarbeiter durch die „Rote Fahne“ nicht um eine sachliche Auseinandersetzung über das Ergebnis eines Gewerkschaftskampfes, sondern um den Versuch handelt, die Diktatur der kommunistischen Partei über die Gewerkschaften aufzurichten. Der Kampf der Berliner Metallarbeiter ist dabei nur der gefälschte Vorwand, um die Wahlen zu dem Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Sinne der KPD, zu beeinflussen. Als Beweis können wir heute das Rundschreiben Nr. 9 der Zentrale der KPD, Abteilung Gewerkschaften und Metallarbeiterbewegung, zitieren. Aus diesem Rundschreiben geht hervor, daß die Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter von der Zentrale der KPD geleitet werden und daß es sich für die KPD, dabei darum handelt, den Deutschen Metallarbeiterverband in ihre Parteiorganisation einzugliedern. In dem Rundschreiben heißt es:

Um reifliche Wahlbeteiligung aller Parteigenossen, aller mit uns sympathisierenden und mit der reformistischen Gewerkschaftspolitik unzufriedenen Metallarbeiter zu erreichen, hat die Zentrale der Partei (Abteilung Gewerkschaften) beschlossen, während der Wahlzeit, Sonntag den 22. oder (wenn) Montag, den 23. Juli 1923, Rote Gewerkschaftstage zu veranstalten. Die ganze Parteimitgliedschaft und der ganze Apparat unserer Organisation hat sich vor, ganz besonders während der Wahlzeit unseren Metallarbeiterfraktionen zur Wahlarbeit zur Verfügung zu halten.

Es handelt sich also ganz offenbar um eine Parteiaktion, genau wie in einem politischen Wahlkampf. Da die Kommunisten für sich allein viel zu schwach sind, um aus eigener Kraft Mandate zu erringen, sollen die „unzufriedenen Metallarbeiter“ vor den Parteigenossen der KPD, gespannt werden. Dieses Hineintragen von Parteipolitik im engsten Sinne des Wortes in eine interne Angelegenheit einer Gewerkschaft ist um so unerträglich, als man sich nicht etwa darauf beschränkt, die kommunistischen Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes zusammenzufassen, sondern die gesamte Parteimitgliedschaft und den gesamten Apparat der KPD, zur Wahlarbeit verpflichtet. Berufsferne Elemente sollen also auf die Metallarbeiter den nötigen Druck ausüben, um diese zu bestimmen, den Deutschen Metallarbeiterverband der KPD, auszuliefern. Es werden dann eine Reihe eingehender Maßnahmen aufgeführt, um die Wahlen im Sinne der KPD, zu beeinflussen: öffentliche Volksversammlungen „mit einem zeitgemäßen wirtschaftspolitischen Thema“, Organisation des Streikdienstes, Verteilung von Flugblättern, Handzetteln usw., Radfahrer mit Plakaten, Transparentträger usw. Es wird ein ungeheurer Wahlapparat aufgezogen, dessen Kosten zunächst von der KPD, d. h. von Moskau, getragen wird, den aber schließlich die deutschen Metallarbeiter zu bezahlen haben werden, wenn sie so verblendet sein sollten, auf den Gimpelgang der KPD, hereinzufallen. Das Rundschreiben schließt folgendermaßen:

Wir erwarten, daß von der gesamten Parteiorganisation alle Anstrengungen gemacht werden, um in der größten deutschen Gewerkschaft unseren an die Hälfte der Mitgliederzahl heranreichenden Einfluß (!) im Ergebnis der Delegiertenwahl auch organisatorisch zum Ausdruck bringen zu lassen.

Mit kommunistischem Gruß
Zentrale der KPD.
251. Gewerkschaften. Gruppe Metall.
ges. Hedert. ges. Reischer.

Klarer kann es nicht ausgesprochen werden, daß es sich bei den Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter für die sogenannte kommunistische Opposition nicht um eine sachliche Kritik handelt, sondern um eine Aktion „der gesamten Parteiorganisation“ der KPD, um über die größte deutsche Gewerkschaft die Diktatur von Moskau aufzurichten. Von den Interessen der Metallarbeiter ist in dem ganzen Rundschreiben auch kein Wort zu finden. Von gewerkschaftlichen Grundlagen ist überhaupt nicht die Rede. Es handelt sich um nichts, als um die Unterwerfung der Metallarbeiter unter die kommunistische Diktatur.

Der Kampf in den Krankenhäusern beendet.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben:

Die Schwierigkeiten, die sich in den letzten Tagen in den Krankenhäusern und ähnlichen Anstalten ergeben haben, haben zu einer vorläufigen Verständigung geführt.

In der gestrigen Funktionärerversammlung sämtlicher Gemeindebetriebe wurde der Beschluß gefaßt, sofort mit dem Magistrat neue Verhandlungen einzuleiten und den Magistrat zu ersuchen, seine

ungerechtfertigten Maßnahmen rückgängig zu machen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist folgendes:

1. Für die Hospitäler soll die Tariffrage geklärt werden, ob für die mit dem Pflegepersonal zusammenarbeitenden Beamten Personen die geteilte Arbeitszeit vorhanden ist. Diese Feststellung ist nicht präjudiziert.

2. Ungeachtet des Rechtsstandpunktes beider Parteien, über den ein von den Arbeitnehmern für zuständig gehaltenes und angerufenen Schlichtungsausschuss entscheiden mag, soll denjenigen Angestellten des Pflegepersonals, die auf Grund der Magistrats-

Genossinnen und Genossen!

Der Parteivorstand hat in seinem Aufruf vom 12. Juli „Ein Appell an die Partei“ angeordnet, daß für den Monat Juli doppelte Beiträge zu entrichten sind. Durch diesen Beschluß werden alle Parteimitglieder gleichmäßig belastet. Der vorjährige Bezirksparteitag des Bezirksverbandes Brandenburg hat aber in einer Entschließung die besser situierten Genossen moralisch verpflichtet, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit höhere Beiträge an die Bezirkskasse abzugeben. Wir erinnern die in Betracht kommenden Parteimitglieder an diese Entschließung und bitten sie, sich ihrer Pflicht der Partei gegenüber nicht zu entziehen. In dem Appell des Parteivorstandes sind die Aufgaben umschrieben, die die Partei erfüllen muß.

Größte Opferfreudigkeit ist aber die Voraussetzung für den Erfolg.

Verfagen die Mitglieder, muß größter Schaden die unausbleibliche Folge sein. Darum gebi schnell und reichlich! Geldsendungen sind zu richten an den Genossen Richard Schmidt, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3; Postfachnummer 86 773.

Der Bezirksausschuß der BSPD.
Bezirksverband Brandenburg.

Die Redaktionen der im Bezirk erscheinenden Parteizeitungen werden ersucht, obigen Aufruf an herortragender Stelle ihres Blattes zu veröffentlichen. Das gleiche gilt auch für Kopialblätter.

Wilhelm Krüger.

Verfügung bis zum 17. Juli fristlos entlassen wurden, der am Sonnabend, den 21. Juli, fällige Gehaltsabschlag aus Vermögensgegenständen ausgezahlt werden.

3. Die Organisationsvertreter erklären, dafür einzutreten, daß das Pflegepersonal, das jetzt arbeitet, in der gleichen Weise weiterarbeiten wird.

Damit ist eine vorläufige Regelung im Sinne der Arbeitnehmender getroffen und der in den nächsten Tagen zusammenzutretende Schlichtungsausschuss wird über das weitere zu entscheiden haben.

Man kann hierzu nur mit Befriedigung das Ende eines Kampfes feststellen, den das Pflegepersonal gewiß nicht verschuldet hat und den ohne erste Folgen für die Kranken beigelegt zu haben das ausschließliche Verdienst des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist. Das muß ausdrücklich festgestellt werden. Die Arbeitszeit ist im Tarifvertrag, dem das Pflegepersonal unterstellt ist, ausdrücklich als eine durchgehende festgelegt. Zu Abänderungen bedarf es der Zustimmung der Angestelltenvertretung der Angestellten. Wenn das städtische Gesundheitsamt aus — mindestens zweifelhaften — Sparmaßnahmegründen die Arbeitszeit ändern wollte, dann hätte es 1. die Zustimmung der Angestelltenvertretung einzuholen, 2. die Entscheidung des Schlichtungsausschusses abzuwarten. Ganz besonders muß eine städtische Verwaltung so in einem Falle handeln, wo die Opfer dieses vom Jaun gebrochener Kampfes hilflose Kranke sind.

Der Teuerungsausgleich in der Metallindustrie.

Durch die partielle Kommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller und der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist auf Grund der festgestellten Teuerung für die Woche vom 16. bis 22. Juli der Lohn in Klasse I auf 17 000 M. die Stunde festgesetzt worden. Die Löhne in den übrigen Klassen und die Akkordlöhne erhöhen sich in demselben Verhältnis. Die Ausgleichszulage in Klasse I beträgt ab 16. Juli bis 1750 M. in Klasse II bis 1650 M.

Die Vorschusszahlung beträgt ab 23. Juli für jeden geleisteten Arbeitstag 80 000 bzw. 60 000 M.

Nichtlinien an die Schlichtungsausschüsse.

Amlich wird uns mitgeteilt: In seiner Entschließung am 7. Juli hat sich der Reichstag mit der Frage der Wertbeständigkeit der Löhne beschäftigt. Dabei bezeichnete Reichsarbeitsminister Brauns die energische Förderung dieser Angelegenheit als eine der wichtigsten Aufgaben seines Ministeriums. Das Reichsarbeitsministerium hat nunmehr eingehende Richtlinien über die Möglichkeiten der Erhaltung der Kaufkraft der Arbeitseinkommen aufgestellt, die auf Verhandlungen mit den Spitzenverbänden und der einflussreichen Entschließung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beruhen. Die Richtlinien sind am Mittwoch den Schlicht-

ungsstellen und Demobilmachungsbehörden zugegangen und sollen ihnen bei den immer häufiger werdenden Verhandlungen über wertbeständige Löhne einen Anhalt geben.

Wertbeständige Löhne im Bergbau.

Im Laufe dieser Woche wird sich die Verhandlungskommission, die erst in diesen Tagen die Bergarbeiterlöhne festsetzte, auch mit der Frage der Wertbeständigkeit des Lohnes im Bergbau beschäftigen. Zunächst handelt es sich darum, noch einen Wiederbeschaffungsfaktor (für Kleidung und dergleichen) in den bekannten kombinierten Index einzufügen. Außerdem soll die Einrechnung eines Sparfaktors erörtert werden. Ferner wird im Zusammenhang mit der im Bergbau üblichen Wochen- und Defaltdienleistung ein Ausgleich gesucht werden müssen, da bei dem Indexlohn die in Defaltdien entlohten Vergleiche sonst stark benachteiligt werden könnten. Eine derartige Regelung ist auch für die Preisfrage von Wichtigkeit, weil nach Möglichkeit sich schneidende Preise vermeiden werden sollen. Ein neuer Grundlohn soll bis zum 1. August aufgestellt werden; er wird mit dem Wertbeständigkeitsfaktor einen neuen festen Bergarbeiterlohn bilden.

Zum Streit bei der Firma Adrema.

Bei der Firma Adrema, Maschinenbaugesellschaft, Alt-Moabit 62/63, streift ein Teil der Belegschaft nun schon seit Mitte Mai. Durch Einführung eines neuen Akkordsystems und Zerlegung der Arbeit wird versucht, noch höhere Profite und eine noch größere Ausmergelung der Arbeiter herbeizuführen. Die Arbeiter verlangten eine Garantie ihres früheren Durchschnittsverdienstes. Dieses wurde abgelehnt, trotzdem sich die Betriebsleitung selbst nicht über die Art und Einteilung der Arbeiten im klaren war. Die Arbeiter wurden entlassen und den im Wert Verbliebenen diese Arbeit angeboten. Diese Streikarbeit lehnten die Kollegen ab, und wurden deshalb einzelne Entlassungen ausgesprochen. Am 31. Mai wurde der Rest der Belegschaft ausgespart. Wir stehen nun schon 9 Wochen resp. 7 Wochen im Kampf. Verschiedentlich wurde verhandelt. Doch das provokatorische Auftreten des Chefs Goldschmidt und seines Direktors Krell läßt keine Einigung zu. Man will die Belegschaft aushungern, um später eine gefügige Arbeiterkraft zu haben. Heißt uns, dies zu verhindern! Der Abwehrkampf ist funktioniert vom DAB. Wir bitten alle Betriebe, gleich welcher Branche, um Solidarität und uns in unserem schweren Kampfe zu unterstützen. Das Streiklokal befindet sich in Charlottenburg, „Heimholzhäuser“, Heimholzstr. 21. Die Streikleitung der Firma Adrema.

Arbeiterkühn in Abwrackbetrieben.

In den Hafenstädten beschäftigt sich zurzeit eine Reihe von Werften mit dem Abwracken und Zerlegen alter Schiffe. Es hat sich nun herausgestellt, daß das Zerlegen der Schiffe mit Sauerstoffgasen unter Umständen für die Arbeiter mit einer nicht unerheblichen Gesundheitsgefahr verbunden ist. Das hängt damit zusammen, daß die Schiffe meistens mit Blei- oder Zinkfarben gestrichen, zuweilen auch verzinkt sind. Auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen hat daher das Reichsarbeitsministerium Richtlinien aufgestellt, in denen die zum Schutze der Arbeiter nötigen Maßnahmen angegeben sind. Diese Richtlinien sollen den Gewerbeaufsichtsbeamten als Anhalt für ihre Anordnungen dienen.

Begleitet zur Erzielung wertbeständiger Löhne.

Von den Arbeitnehmern wird es vielleicht als Mangel empfunden, daß bisher zu wenig praktische Maßnahmen für den Gehalt bei Tarifverhandlungen über die Wertbeständigkeit der Löhne getroffen wurden. Diese Mängel sind beseitigt auf Anregung und in Verbindung mit dem Hauptverband des A. M. Bundes durch die Buchhandlung Vorwärts (S. G. M. Dieb. Hoff.). Eine kleine, billige Broschüre, die loben herauskommt, enthält in knapper, übersichtlicher und leicht verständlicher Weise das gesamte einschlägige Material, das für die praktische Verwirklichung der wertbeständigen Löhne zurzeit bringen benötigt wird.

Die Abwrackbetriebe sowie bei dem Zweck des wertbeständigen Lohnes behandelt. W. Kuchanfer. Aus dem Reichsbanner und die Erfahrungen an der Spitze des Gewerkschaftsbundes des beweglichen Feuerwerksfaktors und der Meißner (Jahrb.). Diese Richtlinien sind die bisherigen Beschlüsse der Spitzenorganisation und deren Richtlinien zum neuen Lohnsystem. Überaus wertvoll aber die praktischen Anweisungen und Berechnungsbeispiele, die es jedem Verhandlungsleiter ermöglichen, das neue Lohnsystem praktisch zur Durchführung zu bringen. Aber auch die Arbeiter und Angehörigen sind beim Studium des Begleiters in der Lage, den Tarifverhandlungen ihrer Organisationsvertreter zu folgen und sie mit zu beeinflussen.

Zur Wertbeständigkeit dienen auch die Anträge der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag und die dazu gegebene Erklärung der Reichsregierung. Ein instruktiver Artikel von Dr. Posthoff über „Wertbeständige Sparanlagen“ beschäftigt den für jeden Arbeiter unerheblichen Zeitsparen im Kampf um den ehelichen Lohn.

Preis 0,30 M. x Schlüsselzahl. Organisationen erhalten Sonderpreise.

Deutscher Soldatenveteranen-Verband, Bismarckstr. 10, Berlin. Preis 0,30 M. x Schlüsselzahl. Organisationen erhalten Sonderpreise.

Chemische Industrie. A. M. Mitgliederversammlung heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr. Raum Hülshornstr. 10, Köpenicker Str. 96/97.

Verband der Maler, Lackierer usw. Jährliche Berlin. Morgen, Freitag, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftsraum Mitgliederversammlung. Vollständiges Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Aus der Partei.

Bei der Totenfeier Georg Strobel, des Führers der badischen Sozialdemokratie, in Mannheim ergriffen Staatspräsident Renneke, Landtagspräsident Baumgarten, Landtagsabg. Beck und Oberbürgermeister Ruyter das Wort zu ehrenvollem Nachruf.

Verantwortlich für Politik: Oskar Schill, Berlin; Wirtschaft: Felix Ostermann, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Funktionäre: Dr. John Schilow, Charlottenburg; Lokales und Sonstiges: Fritz Rastbach, Berlin; Bismarckstr. 10, Köpenicker Str. 96/97.

Berlin: Bismarckstr. 10, Köpenicker Str. 96/97. Druck: Bismarck-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimholz“.

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater
Schauspielhaus
Sommerspielzeit
8 Uhr
Die Freier
Lustspiel mit Musik

Deutsches Th.
7 1/2 Uhr
Schneider Wibel

Rammerspiele
7 1/2 Uhr
Die Luxusfran

Gr. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr
Die Frühlingstee

Theater I. G.
Königsplatz
5: Die wunderl. Geschichten des Kapellm. Kretzler I. Teil

Berliner Theater
120 U.: **Mädi**

Deutsch. Opernhaus
Abends 7 1/2 Uhr
Der Günstling der Zarin
Theater d. Westens
(Große Volksoper)
3 U.: Dreimal Amerika
Intimes Theater 8:
Diplomat im Dinar
D. blaue Pyjama etc.
Metropol-Theater
7 1/2: Die Schöne der Frauen
Vorverk ununterb.
Neues Theat. a. Zoo
Täglich 8 Uhr
Der Leibkutscher
d. Pridericus Rex
Neues Volks-Theater
7 1/2 Uhr
Vater u. Sohn
Schiller-Th. Charl.
4 U.: Süße Susi
Th. a. Nollendorffpl.
7 1/2: Mein Freund der Lokal
8: Walner-Th. 8
Des Königs Nachbarin

Volksbühne
Tägl. 7 1/2 Uhr
Hopfenrath Erben

Lessing - Th.
Sommerspielzeit!
Abendtäglich 8 Uhr
Eiebsstreik

Residenz-Th.
Tägl. 8 Uhr
Die Entlassung

U. Trianon-Th.
Totentanz
von Aug. Strindberg

Kleines Th.
Kuslnochen
Musik v. Wohlauer

Deut. Künstler-Th.
7 1/2: Die Jugendprinzessin

SOVA
Uhr Internat.
Varieté

Gemischter Chor, Groß-Berlin
Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes
Chormeister: Jascha Horenstein

Konzert
am Sonnabend, den 21. Juli d. Js.
im „Gewerkschaftshaus“, Engelsufer 25

Konzertbeginn pünktl. 8 Uhr / Bei schlechtem Wetter im Saal

Admiral-Varieté
Berlin
8⁰⁰ bestes Programm

Urania
Mit Scherzflug u. Ozeandampfer v. Berlin ab Bremen nach New York

LUNAPARK
Ab 3 Uhr voller Betrieb, Feuerwerk!

Theater des Ostens (Ross-Theater)
7 1/2 Uhr:
Li oder Lu
Central-Theater
Gastspiel des Schauspielers Th. 7 1/2 U.: Die Räuber
Grünach, George

WINTERTHEATERS
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Reichshalle
Th. 7 1/2 Uhr:
11. Winternacht
11. Winternacht
11. Winternacht
11. Winternacht
11. Winternacht
11. Winternacht
11. Winternacht
11. Winternacht

Essentielle Bekanntmachung
Gegen den Viehhändler Fritz Roggenbier aus Friedrichshagen, Reichshalle 25, 19 durch Strafbefehl 35, 19 vom 30. Juni 1923 (106 39 Centralblatt) 6. 19 23) wegen Verleumdung einer Person im Reichsbanner, falls eine Strafbefehl vom 300 Tagen befristet ist. Der Strafbefehl ist rechtskräftig. Berlin, den 13. Juli 1923. Der Reichsanwalt des Reichsgerichts Berlin-Mitte, Wobbe, 196. 6. 1923.

Schokolade
Sarat Stollwerck
billig!
Eisen & Diamant
Kaiserstr. 4
Andreasstr. 10

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsbüro Berlin N 54, Lindenstraße 33/31
Geschäftst. 1000. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telefon: Amt Norden 823 bis 824 und 4592 bis 4595.

Achtung! Weigmatt Achtung!
Freitag, den 20. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr bei Redding, Wallerstraße 71

Wichtige Sitzung
der Vertrauensleute und Betriebsräte.

Achtung! Innungsjahresfeier Achtung!
Freitag, den 20. Juli, abends 8 Uhr im Verbandslokal, Lindenstraße 33/31

Vollversammlung
Tagesordnung: Bericht über die letzten Verhandlungen und Stellungnahme zu denselben. Es ist Pflicht eines jeden organisierten Kollegen, unbedingt zu erscheinen.

Achtung! Achtung!
Die Frankensmission, Leitung der Gobier. Bohrer, Förderer und Verwandter Verursacht umständlicher Verursacht Donnerstag, den 19. Juli, abends 8 Uhr. Die Ortsverwaltung.

Wanzen
Motten, Läuse samt Brut kann jed. Laie in 3 Std. durch apparatloses Linsol selbst radikal beseitigen. Erhalt. in all. Drogerien. Generalvertreter: Friedrichstraße 24.

Sommerliche Reiseerlebnisse.

Stimmungsmache.

Personenzug 3. Klasse zwischen Ducherow und Swine-
münde. Lebhaftige Debatte im Abteil. Ein Großmaul in der Ecke
ruft: „An der ganzen Ruhrschicht sind die Juden schuld!“ „Nanu,
warum denn?“ „Ja seh'n Sie, Sewering der muß zuerst weg!“
„Der ist doch kein Jude.“ „Janz Berlin ist verjudet, ver-
steh'n Sie!“ „Denn wär'n Sie doch auch Jude?“ — „Ich weiß Be-
scheid in Berlin, alles Juden und Polladen, faule Bande, alle Woh-
nungen kriegen die!“ „Woher wissen Sie denn das?“ — „Herr,
ich bin Bezirksverordneter, Prenzlauer Berg, ver-
steh'n Sie, ich kenne das Gefindel, wissen Sie, ich fahre jetzt rüber
nach Polen, denn (leise ins Ohr flüsternd) ich bin Agitator — Stim-
mungsmache 4! — Alle Polladen müssen raus aus Deutschland!“
„So, Sie fangen wohl schon an auszuwandern?“ „Lassen Sie das,
Herr — denn ich kenne die Polladen, feige Bande, legtes Mal, wie
ich drüber war, haben sie mir meinen Revolver abgenommen!“
„Sehr vernünftig von den Leuten,“ sage ich. „Herr, ich bin Be-
zirksverordneter!“ „Das ist meine Frau auch, aber die würde sich
schämen, so auf Berlin zu schimpfen!“ „Herr, Sie beleidigen mich,
wissen Sie nicht wer ich bin?“ — hier sehen Sie meinen Paß nach
Polen!“ Der Ketna war gar nichts gegen den Wukausbruch,
der nun kam — aber da merkten wir, daß der Zug schon hielt, und
die Stimmungsmache sprang hinaus und ließ zum Vollauf, um
nach Polen zu setzen.

„Nicht spucken.“

Auf einer Station hatte ich Aufenthalt und ging in den Warte-
saal. Fahre ich 3. oder 4. Klasse, gehe ich in den Wartesaal
1. und 2. Güte. Man soll manchmal das „Wißjöh“ wechseln. Erst
deh ich mich da, dann fällt mein Blick auf die Wand. Da hängen
sie überlebensgroße Kaiserbilder und dazwischen ein am-
liches Plakat: Man bittet, das Ausspucken zu unter-
lassen. Vor wem und warum war auf dem Plakat gar nicht
erläutert.

Als Aufpasser.

An meiner Endstation treffe ich meinen alten Freund vom
vorigen Sommer. „Na,“ sage ich, „habt Ihr nun endlich die ganzen
Schilder vom Bahnhof abgemacht, wo dron stand: „Königliche
Eisenbahndirektion?“ „Jau,“ sagt der Alte, „dat hebben wir —
bis up eens, dat hebb ik hängen laten.“ Und er führt mich in eine
düstere Ecke des Bahnsteigs und zeigt mir ein Plakat: „Dieser Ort
darf nicht verunreinigt werden. Königliche Eisenbahndirektion.“
„Da kann er ja nu noch een bisten druf oppossen,“ schnunzelte der
Alte.

Gemütskrank.

Neben mir in der Pension wohnt eine Dame, sie hatte mir schon
am ersten Tage erzählt, daß sie Monarchistin wäre. Ich hatte
daraufhin gefragt: „Aber sonst sind Sie doch gesund?“ Seitdem
waren unsere Beziehungen gestört. Gestern treffe ich sie am Bahn-
hof. Sie reißt ab — zu ihrem Mann nach Biegnitz. „Aber ich
komme übermorgen wieder,“ stöhnt sie, „ich will nur unseren
Hund holen. Denken Sie nur, der arme Kerl, seit ich fort bin,
frißt er nicht mehr, und der Tierarzt meint, er ist gemütskrank.
150 000 M. kostet mich die Reise hin und zurück, aber dafür geben
wir es ja gerne aus.“ Ich machte noch einige sozialpolitische Be-
merkungen über die Not, Kinder ohne Milch, ohne Hemd, alte Leute
am Verhungern usw. Sie bestiegt mit einem Verachtungsblick den
D-Zug, und ich grüßte darüber nach, wer denn eigentlich gemüts-
krank ist, sie oder der Hund.

Auf der Strandbrücke.

Auf der von der Sonne beschienenen Brücke sitze ich allein auf
einer Bank. Ein Herr setzt auf mich los und schnarrt: „Gestatten
Sie, hier noch ein Platz frei?“ „Ja, aber für Sie nicht.“ „Erlauben
Sie mal,“ prallt der Herr zurück, „was soll das heißen?“ „Daß ich
nicht mit Ihnen auf einer Bank sitzen will.“ „Aber das ist ja ganz
unglaublich, mir noch nie vorgekommen!“ „Möglich!“ „Sie sind
mir eine Erklärung schuldig, Herr!“ „Gerne, vor einem Jahr
schlugen Hakenkreuzbuben Rothensau tot, und Sie tragen noch heute
diesen Mörderorden — das ist es!“ „Freyer Kerl, werde mich
beschweren bei der Kurdirektion, unglaublich!“ Und er stieß weiter,
sich den Kermel mit den hellgrauen Handschuhen abtäuend.

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Wäßlich fiel ihr ein, daß die anderen hungrig sein
konnten. Sie schämte sich, schüttelte aber aufgebend den
Kopf: mit dem einen Gedeck konnte sie unmöglich alle vier
bespeisen!
Pauli lachte: Gewiß, er wäre mächtig hungrig — und
noch durstiger! Aber es wäre schade, diesen Abend, wo sie
als gute Bakameraden an Deck versammelt waren, abzu-
brechen. Jetzt müßten sie ihm nur erlauben, zu suragieren!
„Ganz auf Zigeunerart! Alle Bäden sind jetzt ge-
schlossen. Aber ich übernehme es, alles zu schaffen, was das
Herz eines Bohemien begehren kann. Wir sitzen hier als
Seeleute in Rnhavn, und ich verspreche, daß alles, was wir
erhalten, nach Rnhavn schmecken wird!“ Er lachte dröhnend:
„Wie Salz und Leer! Geben Sie mir eine Bierstunde Ur-
laub, und Sie werden sehen!“
Mit einem Sprung war er an Land. Sie sahen ihn
die Straße am Kanal entlanglaufen.
Als er zurückkam, war er mit Paketen beladen, daß er
sie kaum schleppen konnte. Er lachte mit seinem ganzen breiten
Gesicht wie ein freigebiger Weihnachtsmann.
„Seht her, Kinder, was ich für euch habe!“
Er schüttelte Läden und Pakete auf das Deck und neigte
sie auf. Der Schimmer in seinem Auge war hinterlistig und
neckisch, er lisperte wie ein Junge, der sich einen Streich er-
sonnen hatte!
„Jetzt sollt ihr Augen machen: Rnhavn a la carte!“
Er breitete ein Tischchen auf dem Deck aus und verteilte
keine Pappteller. Und dann packte er aus: „Hier kaltes ge-
hacktes Beefsteak mit Zwiebeln aus Café Ausgud!“ grinst
er. Er legte ihnen Labstau und Frikadellen aus dem Café
„Galians!“ vor. Drei Ellen Bratwurst rollte er auf. Um
die hatte er wie ein Laotook mit dem Kellner der Wirtschaft
„Hafenruhe“ gekämpft. „Der Burische wollte nichts außer dem
Kaufe verkaufen, und wir zogen Tau, bis ich gewann!“ Im
Keller unter „Hotel Hopla“ alias „Hotel zum König Oskar“
war ein komischer kleiner Küfer, aber sein Wein war ganz
extra — darin war Pauli Kenner! Hier waren warme Pea-
nuts zum Dessert — von dem Kesselmann bei Charlottenberg

Es gibt keine komischeren Leute wie die Menschen. Auf der
Promenade sah ich einen Herrn mit einem Hund, und dieser
Hund hatte eine Decke mit Hakenkreuzen bestickt. — Im
Familienbad sah eine Dame im Sand in einem schwarzwei-
rot gestreiften Bademantel. Die sah ulkig aus, wie ein
koloriertes Zebra. Auf dem — natürlich — Kaiser-Wilhelm-Turm
wimmelt es von Hakenkreuzen — ich dachte bisher, die gäbe
es nur in Bedürfnisanstalten — und einen Vers fand ich auch:

Heil dir im Hakenkreuz,
Botan vom Himmel streut's — Heil, Deutschland, dir!
Stärk' unser junges Blut wider Verräterdrut,
führ' uns zum Sieg empor, Heil Hakenkreuz!

Fein, was? Und vis-à-vis las ich: O, alter Kaiser, steig her-
nieder und führ uns wieder, dann schlagen wir die Welt von Feinden
nieder, denn nur allein am deutschen Wesen, kann Gottes schöne
Welt genesen! — Bums, basta — nun weißt du Bescheid, du lieber
Gott. —

Rosen für alle.

Vor einiger Zeit veröffentlichten wir an dieser Stelle eine
kleine Abhandlung über Rosen, in der die traurig stimmende Tat-
sache erwähnt wurde, daß die Rosen eigentlich nur für die Reichen
da sind. Im Namen dieser Kleingärtner des Gaus Groß-Berlin
wird uns nun eine Zuschrift gesandt, die nicht nur uns erfreute,
sondern auch unsere Leser erfreuen wird. In dem Schreiben heißt
es u. a.:

„Es ist wahr, Rosen kaufen können sich heute nur die feinen
Leute vom Kurfürstendamm, wobei man gekostet an das Berliner
Couplet denken kann: „Wer das Geld hat, der ist fein, braucht nicht
erst gebildet sein.“ Die teuer gekauften Rosen wollen wir den
Bedemenschön gönnen, denn sie verhelfen manchem armen Händler
zu einem Verdienst und wir alle wissen, wie schwer es heutzutage ist,
sein Leben zu fristen. Was uns aber betrübt, ist die Feststellung,
daß arbeitende Menschen auf der Straße aufheben müssen, was
überflüssige achtlos wegwerfen. Das brauchen unsere arbeitenden
Volksgenossen nicht, sie dürfen und sollen auch nicht die Anlagen
berauben und dort Rosen oder Blumen abspülken. Hier gibt's einen
Ausweg, — geht in die Kleingartenkolonien rund um Berlin —,
nicht um dort zu mausen —, nein, bittet die Kleingärtner, Menschen
der Arbeit wie ihr, auch einige Blumen zu eurer Freude oder für
einen erkrankten Mitmenschen zu schenken, denn verkauft soll auf
den Kleingartenkolonien des Reichsverbandes der Kleingartenvere-
ine Deutschlands, Gau Groß-Berlin, nichts werden. Ihr werdet
williges Entgegenkommen finden. Wir geben gern von dem was
wir haben an die Volksgenossen, die sich in diesen harten Zeiten
von ihrem Verdienst kaum das kaufen können, was zum Leben
nödig ist. In dieser Beziehung geht es uns ja wie euch, aber wir
haben noch Blumen, die uns nach des Tages Last und Arbeit er-
freuen, und von diesen Blumen wollen wir euch geben, um euch
zu erfreuen.“

1. August 1914. — 1. August 1923. Große Friedenspundgebungen am 29. Juli.

Der Aktionsausschuß „Wie wieder Krieg?“ teilt uns mit:
Anlässlich der neunten Wiederkehr des Tages des Weltkriegs-
ausbruchs veranstalten die Kulturoverbände aller Länder unter Füh-
rung der nationalen „Wie-wieder-Krieg“-Ausschüsse große Rund-
gebungen für die endliche Befriedung der Welt. In England, den
Dominions, den Niederlanden, in Skandinavien steht die Forderung
nach radikaler Weltabrüstung im Vordergrund der Veranstaltungen,
in den Vereinigten Staaten von Amerika ist das Parolewort: „Law
— not War“ (Recht — nicht Krieg!). Der Hauptgedanke der deut-
schen Rundgebungen ist die deutsch-französische Verständigung. Zu
dieser Frage nehmen in allen Teilen des Reiches Redner aller Par-
teien das Wort; die Mitwirkung namhafter Vertreter der französi-
schen Antipolitik ist gesichert, so wird in Berlin u. a. der berühmte
französische Physiker Prof. Langevin, Mitglied der Sorbonne,
das Wort nehmen.
Die Berliner Veranstaltungen finden auf und neben dem
Gelände des Garnisonfriedhofs in der Hasenheide, an den

— sowie Apfelsinen und Bananen von dem Wagen, der an
der Ecke der Store Strandstraße hielt.
Gerda lachte lustig über den Scherz, sie war gerade bei
ihrem Essen vom Diner transportable.
Pauli schüttelte komisch gekränkt den Kopf über die beiden
Herren.
„Sind die Herren wäherisch?“ neckte er. „Sind Sie
Seeleute oder nicht? Ja, Sie, Gude, sind ja viele Jahre
Landratte, seit Sie der See Ledemohl sagten, aber du, Jörgen,
bist doch gewohnt, in einen Schiffszwieback zu beißen.
Versuch einmal diese! Und ich möchte darauf schwören, Gude,
daß du selbst an der Table d'hôte in dem feinen Klub in
Archangelst der Puter nicht halb so pikant geschmeckt hat wie
diese Bratwurst!“ Pauli nahm selbst einen Bissen Wurst und
lachte mit vernehmlichem Wohlbehagen.
„Daß man ein bißchen Sand mitbekommt,“ schmahte er,
„ist nur gesund für die Zähne. Bitte bedienen Sie sich.
Erste Kajüte-Küche! Versucht mal diesen marinierten Hering;
glauben Sie nicht gleich, daß er ranzig ist, weil er einige
Wochen in der Wirtschaft „Zum Roten Meer“ geschwommen
hat. Denken Sie, daß wir selber hier auf einem Schiff mitten
auf hoher See schwommen! Wenn man sich auf einer weiten
Reise befindet, muß man das Essen der Messe nehmen, wie
es ist! Was sagen Sie, gnädiges Fräulein? Sind unsere
beiden Kavaliere zu fein, um Seemannstrost zu essen?“
Gerdas Pupillen schimmerten nadelspitz vor Bosheit. Sie
lachte ausgelassen: „Gewiß sollen sie essen!“
Pauli pffropfte sich mit Wurst und Schiffstets voll. Dazu
trank er mit behaglichem Glucksen Rotwein in großen
Schlucken aus einem ungeheuren Bierglas. Sein Gummig-
esicht verzog sich zu einem breiten Grinsen, seine Hände
wühlten in den Speisen, er spielte die Rolle eines im Sturm
arbeitenden Seemanns. Gerda hielt sich die Seiten vor
Lachen. Aber sie hatte allerdings ihr Köfen!
Gude sah sich ein Herz und ah. Nicht alles war schlecht,
nur schmuggig; das war er von seinem Reiseleben in Rußland
gewöhnt.
„Na,“ brummte Pauli, ein bißchen aus der Stimmung
genommen. „Ganz für den Gommen reicher Leute ist meine
Küche also nicht. Aber dieser Tisch, versteht ihr, würde ein
Festmahl für jeden Proletarier des Hasens abgeben!“
Er nahm Gerdas Arm: „Sie und ich, gnädiges Fräulein,
wir sind Zigeuner genug, um dies alle Seequartier ganz bis

Gräbern der Soldaten des Krieges, am Sonntag, den 29. Juli, vor-
mittags 10 Uhr, unter Mitwirkung zahlreicher künstlerischer Kräfte
der Berliner Bühnen und Kapellen des Deutschen Musikerverbandes
statt.

Der Schöneberger Mord aufgeklärt.

Der Täter, ein Schwertathlet, verhaftet.
Ueberraschend schnell ist es den Ermittlungen der Kriminal-
polizei gelungen, auch das zweite Kapitalverbrechen der letzten Tage
aufzuklären. Der Täter wurde in den Kreisen gefunden, in denen
man ihn bald nach der Entdeckung des Verbrechens suchte. Es ist
ein Schlächter Alexander Hoffmann, ein unter dem Spitznamen
„Schlächter-Alex“ bekannter Berliner Schwertathlet von
ungeheuren Körperkräften.

Der ermordete Makler Friedmann hatte, wie wir schon mit-
teilten, unter Sportsleuten, besonders den Schwertathleten, viele Be-
kannte und Freunde. In näheren Beziehungen stand er auch zum
„Schlächter-Alex“. Ein Kampf zwischen dem schmächtigen Makler
und diesem Riesen, wie er nach dem Ergebnis der Obduktion statt-
gefunden hat, mußte unbedingt zumgunsten Friedmanns ausfallen.
Das Verbrechen steht in der Art der Ausführung in der Berliner
Kriminalgeschichte einzig da. Es spielen auch jegliche
Momente hinein. Es war ein schweres Verbrechen, aus 200 Ver-
blichigen, die in Betracht kamen, den richtigen herauszufinden.
Nur durch unausgesehene Ermittlungen, die Tag und Nacht an-
bauerten, war es möglich, jenseit Beweismaterial heranzubringen,
daß Hoffmann festgenommen werden konnte. Dieser bestritt zunächst
ganz entschieden, mit dem Verbrechen etwas zu tun zu haben.
Unter der Last des Materials mußte er sich dann dazu bequemen,
wenigstens einige Punkte zuzugeben. Hieraus bauten die Beamten
weiter auf und so gelang es den Kommissaren endlich, den Mörder
zu dem Geständnis zu bringen, daß er sich in der Wohnung
Friedmanns aufgehalten habe. Schließlich gab er dann
auch zu, daß er in dieser Zeit aus Anlaß seiner früheren Be-
ziehungen zu Friedmann mit ihm in Streit geraten sei. Beziehungen
des Maklers hätten ihn in eine solche Wut veretzt, daß er sinn-
los auf ihn eingeschlagen habe, ohne zu wissen, was er
tue. Erst als sein Blutrausch vorbei gewesen sei, so sagte der Ver-
haftete weiter, sei ihm bemußt geworden, was er getan habe. Wie
von Sinnen habe er aber noch eine Zeitung dagelesen und dann
fluchtartig die Wohnung verlassen. Wenn sich nun auch diese An-
gaben mit der Sachlage nicht ganz decken, so ist es doch nicht ganz
ausgeschlossen, daß der Raub der großen Werte nicht von Hoff-
mann selbst, sondern nachträglich im Laufe der Nacht von
anderen verübt worden ist.

Urteile eines Markt-Wuchergerichts.

Das Markt-Wuchergericht in Charlottenburg hat gestern in den
Räumen des Polizeikommissariats 125 Urteile und verurteilte wegen
Richtauszeichnung von Waren den Kaufmann W. zu
100 000 M. Geldstrafe oder 1 Tag Gefängnis für je 10 000 M., die
Kaufmannswitwe F. zu 400 000 M. oder 1 Tag Gefängnis für je
40 000 M., die Kaufmannswitwe K. zu 150 000 M. oder 1 Tag Ge-
fängnis für je 25 000 M. und den Geschäftsführer W. zu 500 000 M.
oder 1 Tag Gefängnis für je 50 000 M.; wegen Preiswuchers
den Kartoffelhändler R. zu 250 000 M. oder 1 Tag Gefängnis für
je 15 000 M., die Händlerin S. zu 150 000 M. oder 1 Tag Gefängnis
für je 15 000 M., den Klempnermeister A. zu 100 000 M. oder 1 Tag
Gefängnis für je 10 000 M.; wegen Verfälschung von
Lebensmitteln und Preiswuchers den Kaufmann B. zu
7 Millionen Mark Geldstrafe, Einziehung der Vorräte und Maschinen,
Publikation des Urteils und Auszug im Laden.

Unfälle durch abstürzende Bauteile.

In neuerer Zeit mehren sich die Unfälle durch Herabstürzen von
Bauteilen infolge Nachgebens oder Zerkümmern ihrer Befestigungs-
mittel. Die Gefahr des Herabstürzens droht namentlich
bei den Fußböden der Häuser, bei den Stützkonstruktionen von Balkonen
und Gesimsen und bei solchen Bauteilen, deren Standfestigkeit in
der Regel auf Hilfskonstruktionen aus dünnen Eisenstäben oder Draht-
gebilden beruht, da diese einer schnellen Zerkümmern durch Rost aus-
gesetzt sind. Hier kommen namentlich Fahnenstangen, Schornsteine
und aufgehängte Blinddecken in Frage. Aber auch die Dach- und
Balkenkonstruktionen aus dünnem Eisenwerk sind der
Gefahr eines Zusammenbruchs ausgesetzt, wenn der vorgeschriebene
Dehnungsantrieb nicht in gewissen Zeiträumen erneuert wird. Es
liegt im Interesse der Hauseigentümer, die Gebäude
innerhalb angemessener Fristen durch geeignete Sachverständige auf
die erwähnten Gefahrmöglichkeiten untersuchen zu lassen

zum Grunde genießen zu können: die Nase in alle Kneipen
Rnhavns zu stecken, im Kanalschlamm wie ein Ragger zu
plätschern; wir sind nicht bange vor ein paar Spritzern hier
und da, und wenn sie direkt aus der Schlammgrube kommen
sollten! Wie?“
Als sie gegessen hatten, bot Pauli jedem der Herren eine
Zigarre aus eine Papphülle an. „Ich habe sie aus einem
Automaten geholt,“ erklärte er königlich, „an der Ecke drüber.
Ich hoffe, daß sie Ihnen schmecken werden!“ Er gab ihnen
Feuer.
„Und jetzt,“ rief Pauli, „kommt der Clou des Festes:
Rusik!“ Er klatschte in die Hände. Und vom Vorderdeck kam
langsam ein starkgliedriger Burche in blauem Seemannszeug.
Gude sah jetzt, daß es der Tätowiermann war. Unter dem
Arm trug er ein Banjo.
„Ja traf ihn im Café Ausgud,“ erzählte Pauli, „und
es zeigte sich, daß Herr Johnson und ich alte Bekannte waren.
Als ich noch Lehrer an der Navigationschule war, kam er
ab und zu nach der Schulzeit mit meinem Passierschein und
gab den jungen Seeratten einen blauen Stempel.“
Er schlug dem Manne derb auf die Schulter. „Her mit
dem Banjo, Schiffer, und laß uns deine Melodie hören!“
Der Tätowiermann sah sich, nicht ganz ohne Mißtrauen,
um, das schwammige weiße Gesicht verzog sich zu einem
Grinsen, seine Augen freierten Gerda, ein gieriger, gemeiner
Schimmer kam in seine Augen. Der Mann hatte sich auf eine
Frage gelistete gefestigt. Jögern begann er zu klumpen, spielte
dann taktfest und mit Geißeln einen Marsch: „Stars and
Stripes.“
Pauli schenkte ein. Er wiegte sich im Takte, seine
Stiefel stiepen auf dem Deck. Über Gude sah seine Augen,
die, hinter den runden Gläsern spähend, auf der Nacht waren.
Gude verstand auf einmal die Macht dieses Mannes. Er
hatte die Fähigkeit, in einem Augenblick sein Ruber loszu-
machen, sich dem wogenden Meere zu überlassen und von
seinem gewaltigen Temperament wild umhertummeln zu
lassen. Er konnte kentern und mit dem ganzen Körper unter
Wasser kommen, um dann nur mit einem leichten Ruder-
schlag das Boot wieder aufzurichten. Sein rollendes Lachen
war wie das Plattern von Wimpeln, die als Siegeszeichen in
die Höhe fliegen.
(Fortsetzung folgt.)

